

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis druckereisfrei
 Vierteljahr 1.50 M., monatlich 1.30 M.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnementspreis: 1.50 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Versand-
 Anstalt. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
 zeile oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf., (zufällig 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Streifenanzeigen und Geschäftsbenach-
 richtigungen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 9. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Lloyd George — englischer Kriegskanzler! Verfolgung der Rumänen.

**Die Rumänen am Predeal- und Alt-
schanz-Paß abgeschnitten. — Die neunte
Armee machte 10000 Gefangene. —
Die Verfolgung im Fluß. — Große
Fliegererfolge im November.**

Amlich. Großes Hauptquartier, 8. De-
zember 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Seceresgruppe Kronprinz.

Auf dem westlichen Maas-Ufer griffen die Franzosen
gestern die von uns am 6. Dezember gewonnenen Gräben
auf der Höhe 304 an; sie sind abgewiesen worden.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Russische Vorstöße an der Duna-Front scheiterten.
Südlich von Widsh wurden in eine unserer Feldwach-
stellungen eingedrungene Abteilungen sofort wieder ver-
trieben.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Nach dem Fehlschlag der großen Entlastungsoperation
in den Karpaten haben die Russen nur noch Teilangriffe
unternommen.

Sie stürmten gestern mehrmals an der Ludowa und
im Trotusul-Tal gegen unsere Linien an und wurden blutig
zurückgeschlagen.

Seceresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Unser Vorgehen gegen und über die Linie Bukarest-
Ploesti erfolgte so schnell, daß die im Grenzgebirge am
Predeal- und Altshanz-Paß stehenden Rumänen keine
Möglichkeit fanden, rechtzeitig zurückzugehen. Sie stießen
auf ihrem Rückweg bereits auf deutsche und österreichisch-
ungarische Truppen und sind, von Norden gedrängt, zum
großen Teil bereits gefangen.

Zwischen Gebirge und Doman ist die Verfolgung
im Fluß.

Die neunte Armee machte gestern allein etwa
10000 Gefangene.

Am Alt erfüllte sich das unvermeidliche Schicksal der
in Westrumänien abgeschnittenen Kräfte. Oberst von Szivo
erzwang am 6. Dezember mit den ihm unterstellten öster-
reichisch-ungarischen und deutschen Truppen ihre Übergabe.
10 Bataillone, eine Eskadron und sechs Batterien in
Stärke von 8000 Mann mit 26 Geschützen streckten die
Waffen.

Mazedonische Front.

Nächtlige Angriffe der Serben bei Trnava (östlich der
Cerna) sind von deutschen und bulgarischen Truppen
zurückgewiesen worden. Ebenso scheiterten erneut Vorstöße
der Engländer in der Struma-Ebene.

Trotz meist ungünstigen Wetters sind auch im Monat
November große Erfolge von der Fliegertruppe erzielt
worden.

Dem eigenen Verlust von 31 Flugzeugen im Westen
und Osten, in Rumänien und auf dem Balkan stehen
folgende Zahlen gegenüber:

Die Gegner verloren im Luftkampf 71 Flugzeuge, durch
Abschuß von der Erde 16, durch unfreiwillige Landung 7,
im ganzen 94 Flugzeuge; davon sind in unserem Besitz 42,
jenseits der Linien erkennbar abgestürzt 52 Flugmaschinen.

Die Artillerie- und Infanterieflieger sicherten sich durch
hervorragende Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben An-
erkennung und Vertrauen der anderen Truppen; die
Führung schätzte ihre Leistungen hoch ein.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 8. Dezember, abends. (W. Z. B.)
Keine besonderen Ereignisse im Westen und Osten.
In Rumänien gewann die Verfolgung Raum.

123 000 gefangene Rumänen.

Die Gesamtsumme der bisher veröffentlichten Zahlen der
rumänischen Gefangenen beträgt nach authentischer Mit-
teilung 123 000.



Übersichtskarte über die Lage in Rumänien

Der österreichische Bericht.

Wien, 8. Dezember 1916. (W. Z. B.) Amlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seceresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Verfolgung der Rumänen über die Linie Bukarest-
Ploesti ist im raschen Fortschreiten. Der vom Predeal- und Alt-
schanz-Paß zurückgehende Feind fand den Rückweg bereits durch
österreichisch-ungarische und deutsche Truppen verlegt und wurde
zum großen Teil gefangen. Die gefirgte Beute der 9. Armee
beträgt etwa 10 000 Mann. Am Alt-Fluß griff die Gruppe des
Obersten von Szivo die in Westrumänien abgeschnittenen rumäni-
schen Kräfte erneuert an und zwang sie zur Kapitulation. Zehn
Bataillone, eine Eskadron und sechs Batterien in der Stärke von
8000 Mann und 26 Geschützen streckten die Waffen.

Seceresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Starke feindliche Angriffe im Trotusul-Tal und im Ludowa-
Gebiet wurden blutig abgewiesen.

Seceresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei den I. u. I. Truppen keine Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern früh setzte im Karstabschnitte starkes feindliches Ar-
tilleriefeuer ein, das sich gegen den Raum von Coghnevica zu
größter Heftigkeit steigerte, um Mittag jedoch, als ungünstiges
Wetter eintrat, wieder nachließ.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Bojsa zeitweise schweres feindliches Artilleriefeuer.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

Ministerpräsident Lloyd George.

Die Arbeiterpartei im Kabinett.

„Das ist ein Kriegsbudget. Es soll Geld auf-
bringen zum rastlosen Kampf wider Armut und Er-
niedrigung.“

Mit diesen Worten schloß am 29. April 1909 der Schatz-
kanzler David Lloyd George seine berühmte Unter-
hausrede über das „revolutionäre Budget“ für 1910. Das
Buch, in dem diese Rede mit anderen, nicht weniger fähigen,
zusammen abgedruckt ist, heißt in deutscher Uebersetzung
„Bessere Zeiten“.

Derselbe Lloyd George hat am Abend des 7. Dezember
1916 das Amt des Premierministers und des ersten
Lords des Schatzamtes übernommen und — wie Keuter ge-
wisshast meldet — die königliche Hand, die ihm das höchste
Amt im Staat verlieh, geküßt. Und dann ging er daran,
sein Kabinett zu bilden. Nach den vorliegenden Nachrichten
ist kaum daran zu zweifeln, daß ihm die Bildung des
Kabinetts gelingen wird, obwohl sich überall — nur bei
den Konservativen nicht — heftige Gegnerchaft regt. Es hat
wohl noch selten eine intimere politische Feindschaft gegeben
als die zwischen Lloyd George und den Konservativen noch
vor drei Jahren. Am 6. Dezember kam aber Lloyd George,
Arm im Arm mit dem konservativen Führer Bonar Law, der
ihn zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen hatte, aus dem
königlichen Palast, und die Menge jubelte ihnen zu.

Lloyd George war Pazifist. Bei den Winternwahlen von
1910 hatte die konservativ-nationalistische Propaganda das
blutige Gespenst eines englisch-deutschen Krieges an die Wand
gemalt. Der Führer des Radikalismus geißelte die Feindschaft
dieses Gebarens und trat mit begeisterten Worten für die Ver-
ständigung mit Deutschland ein. In den Versamm-
lungen, durch die er als eifrigster aller Apostel zog, gab er die
konservativen Panikmacher, die schon „auf dem Platzer
Londons den Schritt der deutschen Bataillone hörten“, dem
Welchster preis. Wenn sich England mit Frankreich ver-
ständigt hatte, trotz Fochoda, wenn Walsch und Vär in Ein-
tracht und Freundschaft miteinander lebten, warum sollte da
nicht auch die Verständigung mit Deutschland möglich sein?

Zum erstenmal sehen wir diesen Prediger des Krieges
gegen die Armut und des Friedens mit allen Völkern in der
zweiten Marokkoffäre eine verhängnisvolle Rolle
spielen. Da fallen aus seinem Munde Worte, scharf und
scharf, wie sie der bedächtige Roquith und der klug abwägende
Grey nie gesprochen haben würde. Das war der erste Vor-
läufer des „Knock-out“, der Niederbor-Rede, mit der der
jetzige Ministerpräsident Großbritanniens dem Deutschen Reich
Krieg bis zum Ende erklärt hat.

Lloyd George, als englischer Premier, ist gefährlicher als
Bonar Law. Dieser hat, als er bescheiden in den Hinter-
grund trat und den Rivalen voranschob, die Sache über die
Person gestellt. Bonar Law hätte im Parlament keine sichere
Mehrheit gehabt, das Mißtrauen des größten Teils der
Liberalen, die Feindschaft der Arbeiterabgeordneten
wäre ihm sicher gewesen. Lloyd George baut auf dem trag-
fähigen Grund seiner Vergangenheit. Der Konservativen ist
er jetzt aus nationalen Gründen so sicher wie Bonar Law.
Aber hätte sich dieser bemühen müssen, den rechten Flügel des
Liberalismus zu sich herüberzuziehen, so saß Lloyd George
den Hebel am äußersten linken Ende an.

Sein ganzes Bemühen ist darauf gerichtet, die Unter-
stützung der Arbeiterpartei zu gewinnen. Hat er
diese, so verfügt er mit ihnen und den Konservativen zu-
sammen über eine Mehrheit, von der sich auch die in die
Mitte genommenen Liberalen nicht ausschließen können.

Dann haben „Times“ und „Morning Post“, die großen
konservativen Organe, was sie wollten: das starke Mini-
sterium. Dafür werden sie freilich wahrscheinlich auch staats-
sozialistische Maßnahmen in Kauf nehmen müssen,
die sie in Friedenszeiten auf das allerheftigste bekämpft haben
würden. Denn so wenig auch Lloyd George ein Sozialist in
unserem Sinne ist, und so eng sich bei ihm grundsätzliches
Freihändlerium mit radikaler Sozialpolitik verbindet, so ge-
hört er doch zu den Männern, die für materielle und freiliche
Volkswirtschaften ein starkes Empfinden haben. Hat er
vor dem Kriege England „germanisiert“ in der Richtung zur
Arbeiterversicherung, so wird er es im Kriege weiter germani-
sieren durch den Ausbau einer staatslich zentralisierten wirt-
schaftlichen Organisation.

Vor allem aber wird Lloyd George der Ministerpräsident des Krieges sein; dazu eignet er sich durch seine außerordentliche Volkstümlichkeit wie kein anderer. England hat keinen Mann, der wie er imstande wäre, dem Volk Trost in schwerer Zeit zuzusprechen und es zur Fortsetzung des Kampfes aufzuwecken. Er ist der letzte Trumpf, den England in seinen Karten hat.

So muß man im Interesse des Weltfriedens wünschen, daß dieser Friedensfreund, der aus Enttäuschung über den Hehltag seiner Prophezeiungen ein ingrimischer Kriegsheyer ist, sobald wie möglich vom Sitze der Macht verdrängt werde. Daß Lloyd George noch eine große Wandlung vollziehen und — ohne den erträumten zerschmetternden Sieg über Deutschland — Frieden schließen könnte, ist in hohem Grade unwahrscheinlich. Das ist ein Unglück für die Welt, denn Lloyd George ist ein Mann, der alles, was er in die Hand nimmt, mit leidenschaftlicher Energie ergreift. Und das ist jetzt die Sache nicht des Friedens, sondern die des Krieges.

So müssen wir unsere Hoffnung zunächst auf den bewaffneten Widerstand des deutschen Volkes und seine Verbündeten setzen, der durch die Reden des neuen englischen Premiers nicht zu entwirren ist; wir werden aber darum nicht aufhören, der englischen Friedensbewegung Beachtung zu widmen, die in dem linken Flügel der Arbeiterpartei und im bürgerlichen Radikalismus rege ist und die vielleicht auch eines Tages in den Anhängern des gestürzten Kabinetts Asquith-Grey eine Stütze finden wird.

Lloyd George aber, der im 55. Jahre seines Lebens, dem 26. seiner Zugehörigkeit zum Parlament, den höchsten Gipfel der Macht erklimmt, wird seinem Vaterlande und der Welt keine „besseren Zeiten“ bringen. Was er einst bekämpft hat, gewinnt durch ihn Gewalt: Armut und Erniedrigung für ganz Europa!

Lloyd Georges Programm.

London, 8. Dezember. Neutermeldung. Lloyd George erhielt anlässlich seiner Ernennung zum Premierminister zahlreiche Glückwünsche. Die Blätter sind alle davon überglücklich, daß er wahrscheinlich eine starke Regierung bilden wird. Von maßgebender Seite wird erklärt, daß Asquith und sein Kreis mit der Regierung Lloyd Georges ebenso zusammenarbeiten werde, wie Bonar Law es zu Beginn des Krieges tat. Es wird berichtet, Lloyd George habe der Arbeiterpartei mitgeteilt, daß ein Arbeitsminister ernannt werden wird, der vom Handelsamt alle Arbeiterangelegenheiten, die sich aus dem Munitionsgesetz ergeben, übernehmen wird. Ferner sollen Pläne bestehen, während des Krieges Schifffahrt und Bergbau unter Staatsaufsicht zu stellen. Lloyd George ließ durchblicken, daß er an die Mobilisierung der bäuerlichen Bevölkerung des Landes zum Zweck der Ausbildung ungelerner Arbeitskräfte denke, um die Lebensmittelproduktion zu erhöhen.

„Daily News“ schreibt: Lloyd George hat der Arbeiterpartei versprochen, daß sie auf der Friedenskonferenz vertreten sein und in allen den Frieden betreffenden Fragen eine Stimme haben solle. Ueber die Mobilisierung des Reichthums befragt, sagte Lloyd George, daß seine Politik darauf gerichtet sein werde, die Arbeit der ganzen männlichen Bevölkerung des Landes zu regeln, und daß er daran denke, alle Ersparnisse und Geldanlagen unter die Aufsicht der Regierung zu stellen.

Das Ministerium dürfte beim Zusammentritt des Unterhauses am Dienstag bereits vollständig sein.

Englands Arbeiterpartei im Kabinett.

London, 7. Dezember. Meldung des Rueterschen Bureaus. Die Arbeiterpartei hat sich für ihre Beteiligung an der neuen Regierung sehr günstige Bedingungen zu verschaffen gewünscht. Wie verlautet wird Henderson als Arbeiterberater und Minister für Pensionen in den neuen Kriegsrat, der aus vier Personen bestehen wird, eintreten. Barnes wird als Kabinettsmitglied ein wichtiges Amt bekleiden. Außerdem wird die Partei drei oder vier Mitglieder in weniger wichtigen Regierungsbüros unterbringen. Nach Berichten aus zuverlässiger Quelle herrscht in der Partei die Erwartung, daß Schritte zur Nationalisierung der Eisenbahnen, der Schifffahrt und des Bergbaus unternommen werden sollen. (Whips „Einheitsfront“ ist der altberühmte Titel für Wehrheitsmitglieder, deren ursprüngliche Aufgabe darin besteht, die Anhänger der Regierung zur Abstimmung in den Saal zu treiben.)

Amsterdam, 7. Dezember. Einem hiesigen Blatte wird aus London gemeldet, daß in der Konferenz der Arbeiterpartei die pazifistischen Sozialisten sich weigerten, die neue Regierung zu unterstützen. Der Beschluß, an der Regierung teilzunehmen, wurde mit Stimmenmehrheit gefaßt.

Zur Neuzugang der bei den Sozialisten des linken Flügels herrschenden Auffassung seien einige Sätze aus einem Artikel Philipp Snowden's im „Labour Leader“ vom 16. November wiedergegeben:

„Herrn v. Bethmann Hollweg's Erwiderung an Lord Grey“ schreibt Snowden, ist eine Aeußerung, die den Kriegsverlauf und die künftigen internationalen Beziehungen tief beeinflussen kann.“

Die Bereitschaftserklärung des Kanzlers, die Friedensbedingungen zu erörtern, ist in so bestimmte Worte gefaßt, daß sie unmittelbare Folgen haben müßte, wenn von Seiten des Verbandes irgendein Wunsch bestehen sollte, den Krieg auf gerader Grundlage zu beenden. Der Kanzler erklärt, daß Deutschland einen nationalen Verteidigungskrieg führt, daß es keine Eroberungen will, daß er bereit ist, das besetzte Gebiet im Westen herauszugeben und aus Polen einen eigenen Staat gegenüber der russischen Bedrohung zu machen. Noch wichtiger aber: er erklärt, daß Deutschland bereit ist, Garantien für seine friedlichen Absichten zu geben, indem es einem internationalen Friedensbund der Völker beitrete. In dieser Erklärung des deutschen Reichskanzlers ist alles das zugetan, was unsere Regierung öffentlich als Kriegsziele Englands bezeichnet hat. Und Asquith und Lord Grey haben jegliche Absicht, Deutschland zu vernichten und zu gerädern, von sich gemessen und haben erklärt, daß sie einzig und allein beabsichtigen, Europa von der Drossel des preussischen Militarismus zu befreien und die Unabhängigkeit der eroberten Gebiete wiederherzustellen! Diese Bedingungen sind vom deutschen Kanzler zugesandt, und für die weitere Fortsetzung des Krieges um auch nur einen Tag bleibt kein ethischer Grund bestehen.“

„Die Aufnahme der deutschen Kanzlerrede in der englischen Presse im allgemeinen ist empörend gewesen, und dies ist ein zwingender Beweis dafür, daß es eine Reihe von Leuten in unserem Lande gibt, die keinen verständigen Frieden wollen, sondern den Krieg in der Hoffnung auf eine völlige Vertreibung Deutschlands zu verlängern wünschen. Diese militaristische und aggressive Gesinnung ist die wahre Gefahr für den Frieden Europas. Wenn man diese Gesinnung Einfluß auf die Regierung gewinnen läßt, so wird der Krieg nur mit einem unglücklichen und unehrenhaften Frieden enden können. Wenn die Verbündeten nach ihren Versicherungen selbstloser und moralischer Absichten jetzt trotz der von Deutschland gemachten Anerbietungen den Krieg fortsetzen, was sich die öffentliche Meinung der gesamten neutralen Welt gegen sie wenden. Die goldene Möglichkeit, dem Krieg ein Ende zu bereiten, ist durch die Rede des Kanzlers gegeben: schwer wird die Verantwortung auf einen lasten, die diese günstige Gelegenheit verschmähen!“

Asquith dankt für Auszeichnungen. — Die Liberalen unterstützen Lloyd George.

London, 8. Dezember. (B. L. B.) „Morning Post“ meldet, daß Asquith ein königliches Handschreiben erhielt, in dem der König ihm seinen Dank für die großen, dem Lande erwiesenen Dienste ausdrückt und ihm die Peerwürde (Oberhaus) und den Hofenbandorden anbietet. Asquith hat diese Auszeichnung dankend abgelehnt.

London, 8. Dezember. Neutermeldung. In der heutigen Versammlung der liberalen Partei wurde Asquith das Vertrauen ausgesprochen und beschlossen, die neue Regierung bei der Fortsetzung des Krieges zu unterstützen. — Die Press-Association meldet, daß im Laufe der Versammlung Asquith mitteilte, daß er würde das Auswärtige Amt übernehmen und Lord Robert Cecil würde die Stelle eines Unterstaatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten beibehalten.

Eine Erklärung Greys.

London, 7. Dezember. (B. L. B.) Meldung des Rueterschen Bureaus. Lord Grey hat die Ermächtigung zu nachstehender Feststellung gegeben: In der Presse sind gewisse, aus deutscher Quelle genommene Ausführungen gemacht worden, die besagen, daß Viscount Grey eine Redewendung gebraucht habe, die bedeute, daß einer der Gründe, warum Großbritannien sich an dem Kriege beteiligte, der war, daß es jeden Augenblick hätte damit drohen können, sich von ihm zurückzuziehen, und daß er immer bereit sein würde, eine Vermittlung zu unternehmen, um Deutschland zu helfen. Diese und andere Behauptungen, die im wesentlichen dasselbe sagen, sind bereits zweimal öffentlich im August und September 1915 in Rede gestellt worden, und sie sind nicht wahr.

Unsere und die rumänischen Verluste.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Adolf Köster.)

Standort eines Korpsquartiers westlich Bukarest, 1. Dezember.

Gegenüber unseren geringen Verlusten sind diejenigen der Rumänen außerordentlich schwer. Allein in der Schlacht von Targu-Jiu wird die Zahl ihrer Toten hier auf 1000 geschätzt; zahlreiche Verwundete starben infolge ungenügender Versorgung auf dem Rückzuge. Die Nachhutabschilde, die der Gegner uns hier und da lieferte, waren regelmäßig eine bewusste Opferung ganzer Gruppen, deren Schicksal von vornherein besiegelt war. Im ganzen werden die blutigen Verluste der Rumänen frei auf das Vierfache unserer eigenen Ziffern geschätzt.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Unser Siegeszug durch Rumänien.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Adolf Köster.)

Westlich Bukarest, 30. November.

Das Tempo unseres Vormarsches durch die Walachei war unerhört. Die besten Straßen verwandelten sich unter den Rädern unserer Kolonnen in Moräste. Kaum konnten Artillerie und Nachschub dem stürmischen, Tag und Nacht währenden Drängen unserer Infanterie und Kavallerie folgen. Zahlreiche zusammengebrochene Pferde und Wagen an den Rändern der Straße zeugen noch heute von der Gewaltthat des Vormarsches.

Unsere Kavallerie unter ihrem wagemutigen Führer bewährte sich wie im hügeligen Siebenbürgen, so noch mehr in der Ebene durch Aufklärung, Verfolgung und Säuberung glänzend. In zahlreichen tapferen Handstreichungen fing sie große und kleine feindliche Truppen ab, die sich bei dem Eiltempo unseres Durchstoßes nach Osten weit hinter unseren Linien umhertrieben. So gelang es gestern derselben Kavalleriedivision, die als erste in Craiova eintraf, mit 70 Mann ein starkes feindliches Detachement von 1200 Mann und über 17 Offiziere mit 10 Geschützen und mehreren Maschinengewehren abzu schneiden und gefangen zu nehmen; während diese gegnerischen Truppen in der kleinen Walachei noch erbitterten Widerstand leisteten und nicht selten Überfälle auf unsere Kolonnen versuchten, brach später, je mehr sie zerbröckelten, ihre Energie zusammen. Heute passierte uns ein einziger Sujar mit noch 25 bewaffneten Rumänen, die sich ihm ergeben hatten.

Die feindliche Kavallerie raffte sich während des ganzen Rückzuges nur ein einziges Mal zu einem Gegenstoß auf. Während der Kämpfe im Osten attackierten 5 Schwadronen rumänische Kosaken, davon vom Regiment der rumänischen Königin, eines unserer Stabsquartiere. Sie wurden rechtzeitig erkannt, von der Bedeckungsmannschaft abgedrängt und schließlich durch ein gerade ausmarschierendes Bataillon flankierend gefaßt und mit 50 Proz. Toten zusammengeschossen.

Zeit der verlorenen Schlacht von Targu Jiu, die, wie sich immer mehr herausstellt, vom Gegner als Vernichtungsschlacht gegen unsere numerisch völlig unterjochte Einfallarmee geplant war, war die moralische Kraft der uns gegenüberstehenden rumänischen Armee gebrochen. Einwohner von Craiova erzählten mir, daß schon der Rückzug der völlig durcheinander gewürfelten Truppengattungen durch die Straßen der Stadt Orsova ein Bild des Grauens war. Erschütternd sind die Bilder, die zurückgebliebene Herde und Krankenwagen von dem Elend der Verwundeten gaben. Sechs Tage lang waren zahlreiche Verwundete aus der Targu Jiu-

Schlacht ohne Bandage; im Fremden-Hospital von Craiova lagen Tote unter den Verwundeten tagelang! Auf 1200 Schwerverwundete kam ein einziger Arzt; die meisten von ihnen starben an fäulenden Wunden!

In der Oststellung, wie auch weiter südwärts, wo wir auf einer völlig unvertehrten gelassenen langen Brücke östlich Caracal den Dni überquerten, zieht sich am östlichen Flußufer bis 50 Meter hoch ein steiler Kliff über dem breiten Tal hin, dem wir uns von Westen völlig ungedeckt näherten. Diese ganz ideale Stellung haben die Rumänen, vielleicht die Ausdehnung unserer Angriffsfront nach Süden unterschätzend, nur im Norden verteidigt. Hier aber genügte neben dem umfassenden Druck von Süden eine einzige schwere Artilleriekanonade, um sie aus der ganzen Clatina-Stellung zur schleunigen Flucht zu zwingen.

Die großen Markierungslinien unseres Vormarsches wendeten sich stark ostwärts verändert haben, wenn diese Zeilen, die 80 Kilometer westlich Bukarest geschrieben sind, die Heimat erreichen. Schon seit mehreren Tagen hat unsere Einfallarmee, in deren Mitte ich weile, links mit den Truppen des Generals Kräfte, rechts mit denen des Generalfeldmarschalls Madensen Führung. Die tapferen Gebirgskämpfer aus dem Rotenturmgebirge haben längst die Ebene erreicht und drängen im Tale des Arges über Bistritza hinaus. Die bunte Schar der Verbündeten unter Madensens Führung drängt rechts von uns nach Osten und Nordosten vor. In Blotca, halbwegs zwischen Rasi de Bede und Alexandria, trafen vor ein paar Tagen die vordersten unserer Reiterpatrouillen Madensens Epiken. Seitdem schiebt sich eine eiserne Mauer von den Karpathen bis zur Donau aus Deutschen und Türken, Oesterreichern, Ungarn und Bulgaren gegen Osten, gegen Bukarest vor.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Die Rumänen haben Schuld!

Rußland kann nicht dafür.

Der russische Heeresbericht vom 7. d. meldet:

Rumänische Front. Südlich des Flusses Trotus dauern die Kämpfe fort. In der Walachei zogen sich die Rumänen unter dem Druck des Feindes nach Osten zurück, indem sie den Feind durch Nachhutkämpfe aufhielten. Bukarest wurde von den rumänischen Truppen am 6. Dezember gegen Mittag geräumt. Infolge des Rückzuges der rumänischen Truppen zogen sich auch unsere Streitkräfte zurück, indem sie den linken Flügel der rumänischen Armee südlich von Bukarest bedeckten.

(Die Schuld an dem Davonlaufen wird damit einzig und allein den Rumänen in die Schuhe geschoben.)

Rumäniens Getreide und Petroleum.

Nach einer amtlichen rumänischen Veröffentlichung beliefen sich die Vorräte an Getreide, die im Lande befindlichen Getreidevorräte am 1. Juli 1916 auf 1.600.000 Tonnen, nämlich 440.000 Tonnen Weizen und Weizenmehl, 782.000 Tonnen Mais, 320.000 Tonnen Gerste, der Rest verteilt sich auf Roggen und Hafer.

Die diesjährige Ernte übersteigt kaum eine Mittelernte und hat folgende Ergebnisse: Weizen 1.800.000 Tonnen, Mais 1.600.000 Tonnen, Roggen 50.000 Tonnen, Hafer 800.000 Tonnen, Gerste 690.000 Tonnen, zusammen 4.400.000 Tonnen.

In diesem Ertrag sind die bisher von den Mittelmächten besetzten Gebiete mit rund zwei Dritteln beteiligt. Wie weit diese Vorräte tatsächlich in unsere Hand gefallen sind, ist noch nicht gemeldet. Jedenfalls zeigen diese Zahlen, daß vor allem überschüssigen Hoffnungen, wie sie hier und da laut werden, gewarnt werden muß.

Besser scheint es mit dem Petroleum zu stehen. Durch die Einnahme von Campina und Ploesti, den Zentren des rumänischen Petroleumgebietes, befindet sich der größte Teil der Rohölproduktion Rumäniens, die nahezu zwei Millionen Tonnen jährlich beträgt, in den Händen der Sieger. In Ploesti befinden sich die größten Petroleumraffinerien mit ihren modernen Tanksanlagen. Alle Ententehoffnungen, daß Rangel an Schmieröl und Benzin die Kriegsführung und Kriegsindustrie der Mittelmächte heilen werde, sind für immer gescheitert. — Nach einer Meldung in verschiedenen Blättern soll allerdings ein Teil der Petroleumquellen in Brand gekehrt sein; doch ist wohl anzunehmen, daß die Rumänen sich nicht völlig zu Weillern gemacht haben, indem sie ihre eigenen Bodenschätze vernichteten.

Kühne Taten deutscher Panzerautos.

Berlin, 8. Dezember. (B. L. B.) Im Feldzuge in der Walachei haben sich deutsche Panzerautos ganz besonders ausgezeichnet. Nach der Überwindung des Sturzbusses stieg ein Panzerwagen bis Baden vor, wobei er Patronen abschoss. Das Panzerauto überraschte im Dorfe ein Bataillon Infanterie in Marschkolonnen und machte es in weniger als einer Minute auf eine Entfernung von 100 Meter mit drei Maschinengewehren nieder. Dreihundert Mann blieben tot, hundertfünfzig verwundet am Platze, der Rest entfloh.

Ein zweites Panzerauto machte eine kühne Erkundungsfahrt nördlich von Rosiori de Bede, in dem nördlich gelegenen Dorfe Venca waren rumänische Truppenverladungen festgestellt und der zur Aufklärung entsandte Panzerwagen traf 15 Kilometer vor den vordersten Kavalleriepostierungen in Venca ein. Die Bevölkerung strömte zusammen, befranzte das Auto mit Blumen, bewirtete die Mannschaft mit Wein, im Glauben, ein russisches Auto vor sich zu haben. Mitten im jubelnden Empfang fuhren drei Lokomotiven in die Station ein, auf die das Panzerauto sofort aus allen Maschinengewehren heftiges Feuer eröffnete. Die Bevölkerung stob entsetzt auseinander und die Lokomotiven versuchten mit beschädigten Rädern in Dampf gehüllt zu entkommen. Das Auto überholte indessen die Lokomotiven bei Balaci und sprengte vor ihnen die Gleise, so daß sie festhielten.

Die Vernichtung der Orsova-Division.

Ein Bericht des österreichischen Kriegspressequartiers schildert die Verfolgung der abgebrannten rumänischen Division durch die Brigade Szabo von Orsova bis an den Dni, wo sich die Reste der Rumänen, 8000 Mann mit 26 Geschützen ergaben: Nach der Einnahme von Turn Severin wich der Obersten von Salvo gegenüberstehende, aus den Dampfkräften der ersten rumänischen Division bestehende Feindtruppe der ersten rumänischen Division, welche dem Feind zunächst an den unteren Dni zurück. Szabo folgte ihm, nahm ihm zahlreiche Gefangene ab und drängte ihn schließlich an den unteren Dni, wo die Rumänen, Front gegen Westen, den Rücken zum Fluß und knapp an der Donau stehend, den Kampf aufnahmen. Sie hatten sich dabei nach allen Seiten zu erwehren, denn östlich des Abflusses bei Torna Magurele, waren inzwischen auf dem Nordufer der Donau österreichisch-ungarische Stoppentruppen und bulgarische Pioniere aufgestanden, und auch die draven Donau-Monitore gestellten sich hinzu und setzten Flammkathoden aus Land. Es blieb den Rumänen nichts anderes übrig, als sich auf freiem Felde zu ergeben. Die Ge-

Samstag der von Sizilien eingebrachten Gefangenen wird sich — einer oberflächlichen Schätzung nach — auf 14 000 Mann stellen. Zu Gefangenen wurden mindestens 30 erbeutet.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 7. Dezember. (W. Z. B.) Amlicher Bericht. Mazedonische Front. In der Gegend von Monastir (Bitolia) hat sich nichts von Bedeutung ereignet. In Cernabog von Zeit zu Zeit heftiges feindliches Artilleriefeuer. Die bulgarischen und deutschen Truppen warfen den Feind, der erbittert gegen unsere Stellungen östlich der Cerna anrückte, durch einen starken Gegenangriff zurück. Zahlreiche feindliche Leichen liegen vor unseren Stellungen. Wir nahmen 6 Offiziere und 50 Mann gefangen. Auf beiden Seiten des Wardar lebhaftes Artilleriefeuer. In der Front der Velasica blühende Ruhe. An der Struma heftiges Geschütz- und Gewehrfeuer. Der Feind verjagte mehrmals, uns in der Nähe des Nordufers des Lahnosees anzugreifen, er wurde aber durch Artilleriefeuer zerstreut. Unsere Artillerie schoß in dieser Gegend ein feindliches Flugzeug ab, das verbrannte. An der Front am Negallischen Meer beschossen sechs Schiffe ohne Ergebnis unsere Stellungen in der Nähe der Mündung der Struma.

Rumänische Front: In der Dobrußa Patrouillengefächte und schwaches Geschützfeuer. Der Feind ist lebhaft mit Schanzen vor den Stellungen unseres linken Flügels beschäftigt. Unsere Soldaten begruben bis jetzt 733 feindliche Leichen. Die russische Artillerie eröffnete ein heftiges Feuer auf unsere Soldaten, welche getötete russische Soldaten begruben.

In der Donau bei Lutran-Gewehr, Maschinengewehr- und Geschützfeuer. Bei Silistria Geschützfeuer. In der Walachei nahmen die verbündeten Truppen Infanterie und Kavallerie. Sie verfolgten die fliehenden rumänisch-russischen Truppen, die in der Richtung östlich der Festung Buzarest zurückweichen, welche keinen Widerstand leistete.

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 7. Dezember nachmittags. Den Franzosen gelang ein Handstreich auf die deutschen Gräben östlich von Meyerat. Sie führten Gefangene zurück. Nichts Wichtiges auf der übrigen Front zu melden.

Vom 7. Dezember abends. Mehr ziemlich lebhaftem Artilleriefeldkampf auf dem linken Maasufer in der Gegend der Anhöhe 304 ist nichts zu melden.

Orientalarmee. Der Feind behält unsere Stellung in der Umgegend von Monastir. Bei einem neuen Gegenangriff gegen die feindlichen Stellungen auf den Abhängen nördlich von Soloi gelang es dem Feinde nur, einen Teil der kürzlich eroberten Höhe wiederzugewinnen. Südlich von Seres ist ein von Türken besetzter Graben durch englische Truppen gesäubert worden, die Gefangene machten.

Belgischer Bericht. Von der belgischen Front ist nichts zu melden.

Englischer Bericht vom 7. Dezember abends. Heute heftiges beträchtliches Geschützfeuer in der Nachbarschaft des Höhenrückens von Trepval. Sonst ist außer der gewöhnlichen Kampftätigkeit der Grabensysteme nichts zu melden.

Griechenland soll verhungern!

Die „Schlichter der Kleinen“ zeigen ihr wahres Gesicht. Weil Griechenland sich sträubte, für die Entente das Schicksal Serbiens und Rumaniens zu erleiden, wird es von dieser zum qualvollen Hungertode verurteilt.

Erst hatte man es mit Gewaltmitteln versucht. Demütigung auf Demütigung hatten die edeln Freunde der schwachen Nationen dem kleinen Lande auferlegt: Die Räumung Serbiens, der sich die Räumung einer immer weiter gestreckten Zone anschloß, Auslieferung der Eisenbahnen, die Telegraphen; schließlich die militärische Besetzung Athens. Als nun auch noch die Forderung der Entwaffnung der Landarmee hinzukam, erfolgte die unvermeidliche Explosion: das griechische Volk erhob sich gegen die hochmütigen Unterdrücker und verjagte sie aus Athen.

Militärische Macht zu nehmen, fühlt sich die Entente trotz aller großen Worte zu schwach. Aber sie hat ein probates Mittel: sie blockiert Griechenland!

Amlich wird aus Genf nachstehender Wortlaut der Erklärung betreffend die Verhängung der Blockade über Griechenland veröffentlicht:

Die Regierung der französischen Republik verhängt im Einklang mit ihren Alliierten die Blockade über Griechenland und gibt hierdurch die Bedingungen bekannt, unter welchen sie ausgedehnt werden wird; die Blockade wird vom 8. Dezember, 8 Uhr morgens, als effektiv erklärt. Sie erstreckt sich auf die griechischen Küsten mit Einschluß der Inseln Euboea, Salamis und Levkas von dem im 29 Grad 20 Minuten nördlicher Breite von Greenwich und 20 Grad 20 Minuten östlicher Länge gelegenen Punkte bis zu dem im 29 Grad 50 Minuten nördlicher Breite und 22 Grad 50 Minuten östlicher Länge gelegenen Punkte sowie auf die gegenwärtig unter der Abhängigkeit oder Besetzung der königlich griechischen Behörden befindlichen Inseln. Schiffe dritter Mächte, die sich in den blockierten Häfen befinden, können bis zum 10. Dezember 8 Uhr morgens frei auslaufen. Dem Oberbefehlshaber der die Blockade durchführenden Seestreitkräfte wurde die Weisung erteilt, den örtlichen Behörden diese Erklärung zur Kenntnis zu bringen.

Griechenland ist ein getreidearmes Gebirgsland, das ohne auswärtige Zufuhren nicht leben kann. Es ist jetzt von der Entente in den Hungerturm gesperrt, und als sterkermeister ist das „freie republikanische“ Frankreich von der Entente eingesetzt worden, in dessen Ministerium Sembat, Guesde und Thomas sitzen. Die „Werner Tagewacht“ kann jetzt an diese noch ganz andere Fragen stellen, als wir sie gestern veröffentlichten.

Wir fragen nur: Wollen diese Männer noch im Ernst und ohne Erröten über Belgien Entlastungskredite halten, die diesen schamlosen Gewalttätigen, schamloser als ihn je die Weltgeschichte sah?!

Auszug aus Athen.

Bern, 8. Dezember. (W. Z. B.) „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Western früh schiffen sich weitere Mitglieder der englischen und französischen Kolonie ein. — Von der französischen Besatzung, die nicht mehr von französischen Matrosen sondern von griechischen Soldaten überwacht wird, ist gestern das gesamte Gepäck des diplomatischen und konsularischen Personals Serbiens nach dem Piräus weggeschafft worden. Am Mittwochabend sind die letzten französischen Matrosen von der den Piräus beherrschenden Höhe zurückgezogen worden.

Vertrauen für Briand.

Genf, 7. Dezember. Nachdem die französische Kammer die Geheimhaltungen beendet hatte, nahm sie die öffentliche Sitzung wieder auf.

Deschanel verlas neunzehn Tagesordnungen. — Briand erklärte, nach den langen Erörterungen, die der Kammer ermöglichten, sich ein Urteil zu bilden, werde die Regierung nur die Tagesordnung Cabanis-Vocroze annehmen. Die von den Regierungserklärungen über die Reorganisation des Oberbefehls sowie über die Tätigkeit der Regierung hinsichtlich des Krieges Kenntnis nehmen. Diese Tagesordnung drückt klar das Vertrauen zur Regierung aus. Wenn sie nach den Debatten bedürfte, um ihre Aufgabe mit der nötigen Autorität zu erfüllen. Nach der Erklärung Briands äußerten mehrere Abgeordnete ihre Ansicht. — Chaumez kritisierte die Maßnahmen der Regierung, deren Mangel an Weitblick vor allem die Unternehmung im Orient läßt. Wir sind, sagte er, in Athen in einer Lage, die zum mindesten unser Prestige nicht erhöht. — Briand erwiderte, daß Briestige Frankreichs sei erhoben über eine solche Auffassung. — Chaumez schloß, indem er an die Verpflichtungen erinnerte, die das Ministerium nicht eingehalten habe. — Auch Compté, Morel, Jodelle, die Regierung, Millerand und Renaudel erklärten, sie würden für das Kabinett stimmen.

Die Kammer lehnte jedoch mit 395 gegen 117 Stimmen die Tagesordnung Lardieu ab, die der Regierung das Vertrauen versagt, und nahm im Anschluß an die Erörterung der verschiedenen Interpellationen in den Geheimhaltungen in öffentlicher Sitzung mit 344 gegen 160 Stimmen die Tagesordnung an, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt.

Genf, 8. Dezember. (W. Z. B.) Die von der französischen Kammer angenommene Tagesordnung lautet: „Die Kammer nimmt die Erklärungen der Regierung über die Umgestaltung der Armeeleitung zur Kenntnis, sie billigt ihren Entschluß, die allgemeine Führung des Krieges und die wirtschaftliche Organisation des Landes unter einer verengerten Leitung strenger zusammenzufassen und geht im Vertrauen darauf, daß die Regierung im Einklang mit den Alliierten die als unerlässlich erkannte Opfer und Anstrengungen vollbringen werde, zur Tagesordnung über.“

Englische Entschuldigung vor Norwegen.

(W. Z. B.) Kristiania, 7. Dezember. (Meldung von Norsk Telegrafbureau.) In Beantwortung der kürzlichen Mitteilung der norwegischen Gesandtschaft in London an das englische Ministerium des Meeres, daß die norwegische Regierung nach den angeführten Untersuchungen keinen Zweifel hege, daß durch die Beschießung des Schiffes „Brunelle“ eine Verletzung des norwegischen Seerechts geschehen sei, erwiderte das englische Ministerium des Meeres, das von der norwegischen Regierung überhandte Beweismaterial sei geeignet, Zweifel hinsichtlich der Genauigkeit der Berechnungen des U-Boots zu erwecken. Es erscheine deshalb möglich, daß der Kommandant des U-Boots trotz der getroffenen Vorsichtsmaßregeln und obgleich ein Verstoß nicht eingeräumt werden könne, vorübergehend und ohne eigenes Wissen norwegisches Seegebiet verlegt habe. Unter diesen Umständen spreche die englische Regierung ihr Bedauern über den Vorfall aus und wiederhole die von ihr schon früher abgegebene Versicherung, daß es ihr Wunsch sei, daß die britischen Schiffe die gerechtfertigten Notwendigkeiten gewissenhaft achteten.

Ein portugiesisches Afrikafort erobert.

Bern, 7. Dezember. (W. Z. B.) „Times“ meldet aus Lissabon: Der Ministerpräsident teilte der Kammer mit, daß über zwölftausend deutsche sowie schwarze Truppen das Fort Kowala mit Geschützen verschiedener Kalibers und zahlreichen Maschinengewehren angegriffen hätten. Nach zwölfstündigem Kampf sei es der Hülfskolonie nicht gelungen, die Verbindung mit Kowala wieder herzustellen. In der Nacht auf den 28. November hätten sich die portugiesischen Truppen nach hartnäckigem hartem Kampf zurückgezogen.

Holt ein Amerikanerpanzer Tarnowski!

New York, 28. November. (W. Z. B. Funkpruch. Verspätet eingetroffen.) Englands Weigerung, Graf Tarnowski freies Geleit zu gewähren, erregte das größte Entsetzen. Selbst die freundschaftlichen „New York Times“ nennen die Weigerung unflug und sagt, es sei entschieden unangenehm, wenn die Führung der amerikanischen auswärtigen Angelegenheiten von irgendeiner anderen als der amerikanischen Regierung gesteuert werde. Ein Versuch, dies gerade jetzt zu tun, sei besonders unangebracht. „New York World“ nennt die englische Weigerung einen weiteren englischen Unfug. Eine Washingtoner Meldung des Hearst'schen Nachrichtenbüros besagt, es sei vom Staatsdepartement angeordnet worden, daß, im Falle die Alliierten auf dem Wege, den England gewiesen habe, beständen, es nötig sein könnte, amerikanische Kriegsschiffe nach Europa zu senden, um den Befehlen und sein Personal hierher zu bringen.

Uncle Sam hütet sein Geld.

New York, 28. November. (W. Z. B. Funkpruch. Verspätet eingetroffen.) Englands Abicht, ungedeckte Anleihen in Amerika unterzubringen, hat durch die Warnung des Bundesamts für Meereswesen einen tödlichen Schlag erlitten. Das Amt erklärte, es halte es für seine Pflicht, die Banken davon zu verständigen, daß es eine Festlegung von Kapital in ausländischen Wertpapieren mit langer oder verlängerter Frist zur jetzigen Zeit als nicht im Interesse des Landes gelegen betrachte. Im Hinblick auf die Anforderungen einzelner Banken, den Kauf von Anleihepapieren dadurch zu ermutigen, daß sie auf die Notwendigkeit hinweisen, den starken Goldzufluß einzudämmen, ist eine Stelle in dem Bericht des Reserveamts interessant, in der ausgesprochen wird, daß es einen weiteren starken Goldzufluß nicht als eine Quelle von Gefahr und Unruhe ansehe.

„Hawthorne Free Press“ sagt in einem Leitartikel, es sei dies das erste schwerwiegende Eingeständnis eines wichtigen nationalen Abwehrschritts, daß die Sache der Alliierten und Englands falsche Aussichten habe insofern, als der britische Kredit im ganzen Reich wankt.

Der Seekrieg.

zehn Schiffe pro Tag.

Ein englisches Entweder-Ober.

London, 4. Dezember. (W. Z. B.) „Daily Mail“ bringt einen Artikel, der die Ueberfahrt trägt „Zehn Schiffe pro Tag.“ — Die U-Bootsblockade. Der Artikel beginnt: Heute erklängen in unseren Spalten die Namen von 15 Schiffen als die Opfer der deutschen U-Bootsblockade.

Zwischen dem 7. Freitag 10. Donnerstag 7 und Mittwoch 12. Die Deutschen nähern sich also dem Durchschnitt von 10 Schiffen pro Tag, wenn sie ihn nicht schon erreicht haben, denn vermutlich sind noch nicht die Namen von allen versenkten Schiffen bekannt geworden. Der fortgesetzte Verlust von 10 Schiffen pro Tag darf nicht geduldet werden. Von den verhältnismäßig günstigen Bedingungen des vorigen Jahres, wo dank unserer guten Ueberwachung durchschnittlich nur ein britisches Schiff täglich verloren ging, sind wir in die höchst unbefriedigende gegenwärtige Lage gekommen. Die U-Bootsblockade bedroht die wahren Wurzeln unseres nationalen Lebens, sie muß überwunden werden, oder sie kann uns überwinden.

Ein englischer Uebergriff gegen Dänemark.

Kopenhagen, 8. Dezember. Die Aufforderung des dänischen Regierungsrates „Godthaab“ auf der Weltreise von Grönland und die Beschlagnahme seiner Ladung durch die Engländer hat in allen Kreisen das größte Aufsehen erregt. Die Blätter aller Richtungen besprechen den Fall, nennen ihn einen Uebergriff und legen energisch gegen die Verletzung der Rechte der neutralen Staaten durch die Engländer Verwahrung ein. „Socialdemokraten“ sagt u. a.: In normalen Zeiten nennt man das, was geschieht ist, einfach Seeräuberei!

Norwegischer Tonnenverlust im November. Kristiania, 7. Dezember. (W. Z. B.) Meldung von Norsk Telegrafbureau.) Eine Aufstellung des Handelsdepartements zeigt, daß die norwegische Handelsflotte im November einen Verlust von neunzehn Schiffen mit 32 993 Tonnen hatte.

Ein erfolgreicher U-Bootsfahrer. Nach dem „Vol. Ang.“ hat das U-Boot des Oberleutnants zur See Steinbrink auf seiner letzten Fahrt 22 Fahrzeuge mit insgesamt 14 005 Tonnen versenkt, darunter 11 nach Frankreich und Italien bestimmte Kohlendampfer. Das Boot ist wohlbehalten zurückgekehrt.

Verseht. London, 7. Dezember. (W. Z. B.) „Flood“ meldet, daß der dänische Dampfer „Rexos“ und der spanische Dampfer „Julian Benito“ versenkt wurden. Die Besatzungen wurden gerettet. — Ferner werden als versenkt gemeldet: Die englischen Fischereifahrzeuge „R. 250“ und „R. 21“ sowie das französische Fischereifahrzeug „Gendric“ und der französische Segler „Auguste et Marie“. — „Morgenblatt“ teilt mit, daß der schwedische Dampfer „Orvas“ von Gueborg vor mittags mit der Besatzung des Dampfers „Stettin“ von der nordnordwestlichen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Åregrund eingelassen sei. Die „Stettin“ sei von einem deutschen U-Boot 43 Seemeilen von der Küste versenkt worden. Sie hatte Bergen am 6. Dezember mit einer Kohlenladung verlassen. Die Mannschaft wurde von dem U-Boot aufgenommen, das sie später an Bord des schwedischen Dampfers brachte. Die „Stettin“ faßte 412 Tonnen und war 1873 gebaut.

Kleine Kriegsnachrichten.

Schwedens verstärkte Schiffahrtskontrolle. Laut Stockholm „Tidningen“ wird die schwedische Regierung demnächst eine verstärkte Kontrolle über den Schiffahrtsverkehr von und nach dem Ausland einführen. Durch die neue Verordnung soll bestimmt werden, daß ein Schiff, welches in einem schwedischen Hafen eine Ladung aufnimmt, von niemand ohne Erlaubnis des Kommandanten und der Zollbehörden betreten darf. Ferner muß auf jedem Fahrzeug, bevor es den Hafen verläßt, eine genaue Nachuntersuchung stattfinden, damit die Ausfuhr von unter Ausfuhrverbot stehenden Waren verhindert wird.

Seulenspekt in Marseille! Das in Barcelona (Spanien) erscheinende Blatt „Tiempo“ fordert Maßnahmen gegen die Einschleppung der Pest aus Marseille.

Gesiegener englischer Außenhandel. London, 7. Dezember. Nach dem amtlichen Handelsausweis belief sich die Einfuhr im November dieses Jahres auf 88 922 506 Pfd. Sterl., was gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme um 17 800 282 Pfd. Sterl. bedeutet. Die Ausfuhr betrug in dem genannten Monat 42 488 254 Pfd. Sterl. und stellte sich gegen das Vorjahr um 8 849 088 Pfd. Sterl. höher. — Die Meldung steht in auffälligem Kontrast zu den zahlreichen englischen Klagen über verstärkte Wirkungen des U-Bootskrieges, ist also mit Vorsicht zu genießen.

Letzte Nachrichten.

Linien Schiff „Suffren“ verloren!

Paris, 8. November. (W. Z. B.) Das Marineministerium gibt bekannt: Das Linien Schiff „Suffren“ (12730 Tonnen), das am 24. November nach dem Orient abgegangen war, ist nicht angekommen. Es wird für verloren gehalten. Die Besatzung des „Suffren“ betrug 18 Offiziere, 700 Mann. „Suffren“ war ein älteres Linien Schiff aus dem Jahre 1890, besaß mit vier 305 Zentimeter, vier 164 Zentimeter, acht 10 Zentimeter, sowie 22 Kleinkalibrigen Kanonen. Seine Geschwindigkeit betrug 18 Knoten.

Die Bewaffnung der englischen Handelsschiffe.

Basel, 8. Dezember. (Z. U.) Havas meldet aus London: Laut „Daily Mail“ wird im Bureau des Lloyd in London erklärt, die Bewaffnung der Handelsschiffe sei nun beschlossene Sache.

Erfolge des U-Boots-Kreuzerrieges.

London, 6. Dezember. (W. Z. B.) „Flood“ meldet: Der belgische Dampfer „Aeltier“ und der norwegische Dampfer „Meteor“ wurden versenkt. Der Dampfer „Kind-jani“ wurde am 8. Dezember versenkt. Sämtliche Besatzungen wurden gerettet.

Der durch Verleihung des Ordens pour le mérite kürzlich ausgezeichnete Kapitänleutnant Steinbrink hat auf der letzten Fahrt mit seinem U-Boot zwanzig Fahrzeuge mit 14 005 Tonnen innerhalb elf Tagen versenkt. Von den versenkten Schiffen waren elf mit Kohle beladen und nach Frankreich und Italien bestimmt.

Am 6. November ist übrigens die Höchstzahl der an einem Tage versenkten Schiffe mit achtunddreißig erreicht worden.

Erzwungener Thronwechsel in Griechenland?

Frankfurt a. M., 7. Dezember. Wie der Berichtstatter der „Frankfurter Zeitung“ in Konstantinopel erfährt, sollen sich die Ententestaaten endgiltig geeinigt haben, falls sich ein Thronwechsel in Griechenland nach ihrer Ansicht notwendig erweise, den ältesten Sohn des Prinzen Georg von Griechenland, Petros, zum König auszurufen. Da Prinz Petros erst im neunten Jahre stehe, sei Benizelos während der Minderjährigkeit als Regent anzusehen. Prinz Georg, mit einer Tochter Roland Bonapartes verheiratet, weilt seit längerer Zeit unfreiwillig in Paris. Seine Anwesenheit in Athen galt als nicht erwünscht.

Gewerkschaftliches.

Berufliche Fürsorge im Malergewerbe.

Die Not der Kriegszeit führte die Organisationen des Maler-, Lackierer- und Anstreicherhandwerks schon mehrfach zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben zusammen; im September 1914 zu Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, später zur Festlegung einer allgemeinen Feuerungszulage und bestimmter Richtlinien über die Unterbringung und Entlohnung der Kriegsdienstverletzten u. a. m. Jedes bedrohen die wirtschaftlichen Folgen des Krieges das Malergewerbe andauernd stark. Denn es hat keinen Anteil an Kriegsgewinnen; es leidet ferner als Luxus- und Bau-Nebenhandwerk durch den durch Einfuhrschwierigkeiten und Beschlagnahmungen hervorgerufenen Mangel an die erhebliche Verteuerung seiner wichtigsten Produktionsstoffe, unter Anstreicherarbeiten usw. — Dazu kommt, daß schon vor dem Kriege die geringe Bautätigkeit und die auf größte Einfachheit eingestellte Modernisierung in der Dekorationsmalerei den Wirkungskreis des Malergewerbes seit Jahren stark einschränkten. Das drückte nicht nur die Existenzverhältnisse der Gehilfen und die Widerstandsfähigkeit vieler Unternehmer gegen Preisunterbietungen herab, sondern schränkte den Zugang des gewerblichen Nachwuchses ein und gefährdete so die wirtschaftliche, sachliche und technische Leistungsfähigkeit des Gewerbes.

Nach dem Kriege, und wenn die Materialschwierigkeiten nicht mehr bestehen, darf auf eine günstige Geschäftslage gerechnet werden. Der dann zu befürchtende starke Mangel an genügend brauchbaren Arbeitskräften, verursacht durch die persönlichen Opfer des Kriegsdienstes, durch starke Abwanderungen in Lackereien und andere Industrien und Gewerbe, durch den Zehnjahresrückgang usw. wird nach Meinung aller Kenner der Verhältnisse zu einer wahrscheinlich recht ungesunde Verhältnisse hervorbringenden Geschäftsperiode führen, wenn nicht der ordnende Einfluß der Berufsorganisationen rechtzeitig eintritt, um die Vorbereitungen für eine umfassende Geschäftsperiode und für daraus hervorgehende günstigere Existenzverhältnisse aller Beteiligten zu schaffen.

Hierzu ausgehend, erwählte der Vorstand des Verbandes der Maler die Unternehmerorganisationen des Malergewerbes, zu der drohenden, ersten Situation und den sich daraus ergebenden Aufgaben, unbeschadet aller sonstigen Interessensunterschiede, Stellung zu nehmen und in einer gemeinsamen Konferenz Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit festzusetzen. Diesem Vorhaben schlossen sich auch die anderen Gehilfenorganisationen an.

Nach längerem Beratungen fand denn auch am 29. und 30. November in Berlin eine Konferenz zwischen Vertretern der Gehilfenorganisationen und des Unternehmerverbandes statt. Auch der Bund der Dekorationsmalerei war vertreten, während der Besondere Malermeisterverband eine Vertretung ablehnte. Diese letzte nach sehr eingehenden, überaus sachlichen und vom Ernst der Zeit getragenen Verhandlungen für die gemeinsame Tätigkeit Richtlinien fest, nach denen die Arbeitgeber- und Gehilfenorganisationen des Malergewerbes sich verpflichten, durchzuführen:

1. Die Sicherung und Ausbildung eines körperlich und beruflich leistungsfähigen gewerblichen Nachwuchses.
2. Die Hebung der sachlichen Leistungsfähigkeit der Lehrlinge und Gehilfen im Malergewerbe.
3. Die Förderung des Bedürfnisses nach geübener Arbeit und größeren kunstgewerblichen Ansprüchen an das Malergewerbe durch allgemeine Ausklärung der Öffentlichkeit, der Behörden und der Hauskundschaft, durch Werbung einer Geschmacksbildung, die eine stärkere Betätigung des Malergewerbes auslösen kann.
4. Rechtzeitiges Wirken bei den zuständigen Behörden und in Betracht kommenden Fabrikannten und Händlerkreisen für die Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe durch Aufhebung von Beschlagnahmen und genügende Einfuhr.
5. Die Förderung des Wiederauflebens der Geschäftstätigkeit und die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit nach Kriegsende durch planmäßiges und rechtzeitiges Wirken bei den in Betracht kommenden Bräutellen, der Hauskundschaft usw.
6. Die planmäßige Verteilung der vorliegenden Arbeiten auf alle Zeiten des Jahres.
7. Beschaffung etwa notwendiger Arbeitskräfte und deren Verteilung auf die verschiedenen Teile des Reichs unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Ausland.
8. Ausbau und Verallgemeinerung einer geregelten Arbeitsvermittlung durch Förderung unparteiischer tätiger Nachweise.
9. Bekämpfung der Preisunterbietung und Förderung einer Preisgestaltung, die den Meistern und Gehilfen eine angemessene Lebenshaltung sichert.

Zur Durchführung der vorstehenden Vereinbarungen erklären die beteiligten Meister- und Gehilfenverbände es für eine zwingende Pflicht, daß jeder Meister und Gehilfe einem dieser Verbände als Mitglied angehöre.

Diese Richtlinien, die im einzelnen noch näher begründet sind und zu denen noch besondere Ausführungsbestimmungen vereinbart werden sollen, unterliegen noch der Betätigung der örtlichen Arbeitgeberorganisationen. Ihre Ausführung wurde den beiderseitigen Verbandsvorständen übertragen, denen bei besonderen Anlässen eine Kommission von je drei Personen beigegeben ist. Es ist zu hoffen, daß diese vom Willen einer planmäßigen Organisationsarbeit getragenen Vereinbarungen Arbeitern und Unternehmern dieses Gewerbes im Laufe der Zeit wesentliche Vorteile bringen.

Die Erhöhung der Feuerungszulagen in der Schuhindustrie

beschäftigte am Donnerstag abends eine Versammlung der in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, nachdem die letzte Versammlung das Angebot

des Fabrikantenverbandes als zu gering abgelehnt hatte. Auf Grund des Beschlusses der letzten Versammlung hat inzwischen, wie Hammaacher berichtet, die Ortsverwaltung beim Fabrikantenverband neue Verhandlungen nachgesucht, unter Inangriffnahme der Forderung, die Feuerungszulagen auf 25 Proz. zu erhöhen.

Die Antwort des Fabrikantenverbandes bedeutet eine abermalige Ablehnung dieser Forderung. Zwar ist er für eine Erhöhung der Feuerungszulagen zu haben, erklärt es jetzt aber für das Beste, daß sich darüber die einzelnen Fabrikanten mit den Arbeiterauschüssen einigen. Der Fabrikantenverband will die einzelnen Fabrikanten dazu anweisen. So im Einzelfalle eine Einigung nicht möglich ist, ist ihm die Mitarbeit der Ortsverwaltung anzuempfehlen.

Die Versammlung beschloß, daß die vorgelegenen Einzelverhandlungen mit den Fabrikanten abzulehnen seien und daß es zu verbleiben habe beim Verhandeln von Organisation zu Organisation. Demgemäß wurde weiter beschlossen, im Sinne der Stellungnahme einer Vertrauensmännerversammlung dem Fabrikantenverbande jetzt folgenden Antrag zu unterbreiten:

Die Feuerungszulage wird festgesetzt für Arbeiter und Arbeiterinnen bis zu 21 Jahren auf wöchentlich 3 M.; für ledige und verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen über 21 Jahren bis zu einem Wochenverdienst von 27 M. auf 5 M., bei einem Wochenverdienst von über 27 M. bis zu 36 M. auf 4,50 M., bei einem Wochenverdienst von über 36 M. auf 4 M. wöchentlich. Für jedes erwerbslose Kind wird ein Zuschlag von einer Mark wöchentlich gezahlt. Diese Feuerungszulagen sollen gezahlt werden zusätzlich der jetzt gezahlten Beträge.

Es wird erwartet, daß auf Grund dieser Vorschläge der Fabrikantenverband aufs neue mit der Ortsverwaltung des Schuhmacherverbandes verhandelt.

Ueber die Stellungnahme zur bevorstehenden Aufhebung der Bundesratsverordnung über die Beschränkung der Arbeitszeit in der Schuhindustrie teilte Hammaacher mit, daß die Aufhebung der Bundesratsverordnung binnen kurzem, sicher aber zum 1. Januar, bevorstehe. Auf Verlangen der Organisation sind von der Lederkontrollstelle unter Mitwirkung von Vertretern des Reichs Lebergangsbestimmungen beschlossen worden. Durch diese Bestimmungen ist Vorfrage getroffen, daß der einzelne Unternehmer nicht sofort bei Aufhebung der Arbeitszeitbeschränkung die überschüssigen Arbeitskräfte entlassen darf. Er muß, wenn er Entlassungen vornehmen will, dies den Arbeitern vorher mitteilen, und wenn es diesen Arbeitern nicht gelingt, selbst andere Arbeit zu erhalten, muß er dem zuständigen Generalkommando eine Liste dieser Arbeiter einreichen mit dem Ersuchen, zu veranlassen, daß diesen Arbeitern Arbeit in einer Firma, die Heeresaufträge herstellt, zugewiesen wird. Erst nachdem 14 Tage seit Einreichung dieser Liste verstrichen sind, darf der Unternehmer dem betreffenden Arbeiter kündigen. Die Kündigungsfrist muß, wenn nicht eine längere Kündigungsfrist vereinbart ist, mindestens 8 Tage betragen. — Durch diese Bestimmungen gewinnt der Arbeiter wenigstens einigermaßen Zeit, sich auf die neuen Verhältnisse einzurichten. Hammaacher führte noch weiter aus: Damit, daß die Bundesratsverordnung aufgehoben wird, sei nun nicht gesagt, daß automatisch die frühere lange Arbeitszeit wieder eintreten muß. Die Erfahrungen unter der Bundesratsverordnung mit ihrer 40stündigen wöchentlichen Arbeitszeit hätten bewiesen, daß in 5 Tagen bei achtstündiger Arbeitszeit daselbst geleistet wurde, wie früher bei neunstündiger Arbeitszeit. Ein diesen Erfahrungen entsprechender Antrag bei der Fabrikantenvereinigung würde sich empfehlen. Im Anschluß an diese Ausführungen beschloß die Versammlung, daß kurz vor Aufhebung der Bundesratsverordnung beim Fabrikantenverband beantragt werden soll, entweder für alle Wochentage eine achtstündige Arbeitszeit festzusetzen, oder aber für fünf Wochentage eine 8 1/2 stündige Arbeitszeit mit der Maßgabe, daß dann am Sonnabend als dem sechsten Wochentage nur 5 1/2 Stunden gearbeitet wird.

Mutti ist krank!

Ein ständiger Gast vor der Schlichtungskommission der Schneider ist Frau Sudermann. Im letzten Termin klagte eine ganze Anzahl Frauen teils gegen Frau Sudermann direkt und teils im Negativwege.

Frau Sudermann hat für das Bekleidungsamt Spandau größere Kosteln Dress- und Körperhosen angefertigt und diese zum Teil an Zwischenmeister weitergegeben, zum Teil selbst durch Arbeiterinnen herstellen lassen. Die Klägerinnen erheben Klage wegen nicht vorgeschriebener Lohnzahlung. Im letzten Termin war Frau Sudermann nicht erschienen, und zwar, wie zunächst eine Jenigin erklärte, weil sie ihre kranke Tochter pflegen müsse.

Nachdem der Termin beendet war, meldete sich die angeblich kranke Tochter und erklärte, „Mutti“ könne nicht erscheinen, weil sie krank sei. Die als Jenigin vernommene Frau beklagte, daß sie für Frau Sudermann in Reinickendorf die Arbeit ausgegeben und wieder in Empfang genommen habe. Frau Sudermann habe ihr für das Stück 10 Pf. versprochen, sie sei ihr aber das Geld schuldig geblieben. Sie habe auch häufig von ihrem Gelde genommen, um den Arbeiterinnen den Lohn zahlen zu können. Außerdem habe es Frau Sudermann verstanden, ihr und ihrem Mann die gesamten Erparnisse im Betrage von 3000 M. herauszuladen, die sie an einen Baumeister gegeben habe, der bereits tot sei. Infolge dieser Vorkommnisse sei ihr Mann an einem Gehirnschlag erkrankt.

In einer Sache wurde Frau Sudermann verurteilt, 140,25 M. nachzuzahlen. In der anderen wurde eine Nachricht an das Gewerbeamt Charlottenburg beschlossen, und in der dritten Sache

mußte Verklagung erfolgen, da die Sache noch nicht genügend geklärt war.

Von den ganzen Vorgängen beschloß die Schlichtungskommission, dem Oberkommando in den Marken Kenntnis zu geben.

In einem Falle klagte eine Anzahl Frauen gegen Frau Benicke, die ebenfalls nicht tarifmäßig bezahlt hatte. Da ihre Ansprüche aus dem Jahre 1915 stammten, so wurde ihnen von der Schlichtungskommission vorgehalten, daß sie sich viel früher hätten melden müssen. Im Vergleichsweg erhielt eine jede einen geringen Betrag ausgezahlt.

Interessant ist folgender Streitfall. Es handelt sich um einen Schneider, der für eine größere Anzahl seiner Kollegen die Klagen für die Feldklagen anfertigte. Diese zahlten ihm den tarifmäßig vorgezeichneten Lohn, und da er als Spezialist sehr gute Klagen machte, bekam er mit der Zeit eine so zahlreiche Kundschaft, daß er mehrere Arbeiterinnen beschäftigte. Je größer die Zahl der von ihm Beschäftigten war, um so weniger konnte er die vorgezeichneten Löhne zahlen. Trotzdem hat er nur einen äußerst geringen Betrag für Betriebsunkosten und Speisen verwendet.

Im letzten Termin wurde nun gegen ihn Klage erhoben auf Nachzahlung zu wenig gezahlter Löhne. Die Schlichtungskommission war nicht in der Lage, unter den erwähnten Umständen ein Urteil zu fällen, aber im Vergleichsweg zahlte er der Klägerin einen geringen Betrag nach.

Weihnachtsunterstützung im Bäckerverbande.

Wie im Vorjahre, so zahlt der Bäckerverband auch in diesem Jahre wieder allen Frauen seiner zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder, wenn das Mitglied bei seiner Einberufung mindestens ein halbes Jahr dem Verbande angehört, eine Weihnachtsunterstützung. Die Unterstützung kommt am Dienstag, den 19. Mittwoch, den 20., und Donnerstag, den 21. Dezember, zur Auszahlung und wird an diesen Tagen das Bureau auch nachmittags von 4 Uhr an geöffnet sein.

Alles Nähere ist aus dem im „Vorwärts“ befindlichen Inserat zu ersehen. Es wird um schnelle und möglichst weiteste Verbreitung dieser Bekanntmachung ersucht, damit alle bezugsberechtigten Frauen in Kenntnis gesetzt werden. Nach dem 31. Dezember werden Weihnachtsunterstützungen nicht mehr ausgezahlt.

Soziales.

Urlauber und Krankenversicherung.

Nach § 3 des Gesetzes betr. die Erhaltung von Kautionskassen aus der Krankenversicherung können Versicherungsbedingte, die ihre Mitgliedschaft verloren haben, weil sie während des gegenwärtigen Krieges, Sanitäts- und ähnliche Dienste geleistet haben, ohne ihre Mitgliedschaft bei der Krankenkasse freiwillig fortzusetzen, bei dieser binnen sechs Wochen nach ihrer Rückkehr in die Heimat wieder eintreten.

Können Urlauber nun diese Rechtslage benutzen, um als freiwilliges Mitglied in die Krankenkasse wieder einzutreten? Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich in einer Entscheidung diese Frage bejaht. Es hat dabei ausgeführt, daß Rückkehr in die Heimat nicht gleichbedeutend sein könne mit der Entlassung aus dem Soldatenstande, daß allerdings auch eine Rückkehr im Sinne des Gesetzes nicht vorliegen bei einem ganz vorübergehenden, von vornherein nur auf kurze Zeit berechneten Aufenthalt, z. B. aus dienstlichem Anlaß oder während eines kurzen Urlaubs. Wenn jedoch der Kriegsteilnehmer für längere Zeit zurückkehrt und so in der Lage sei, sein bürgerliches Leben wieder aufzunehmen, dann erwache für ihn das Recht, sich als freiwilliges Mitglied in der Krankenkasse aufnehmen zu lassen. Es kann sich dabei natürlich nur um die Fälle handeln, in denen der Urlauber die freie Zeit nicht dazu benutzte, erwerbstätig zu sein und dadurch so wie so wieder versicherungspflichtig zu werden, sondern um solche, in denen er entweder gar nicht oder doch nicht versicherungspflichtig erwerbstätig ist. Es kommt also immer auf den Einzelfall an. Das Reichsversicherungsamt ist in der Entscheidung von wohlwollenden Erwägungen ausgegangen. Es sagt in derselben selbst, daß es eine offenbar nicht beabsichtigte Härte sei, unter der Rückkehr in die Heimat die endgültige Entlassung aus dem Soldatenstande verstehen zu wollen. Diese Entscheidung hat jedoch auch ihre Nachteile, und zwar dann, wenn der aus dem Heeresdienst Entlassene, vielleicht weil er sich nicht arbeitsfähig fühlt und den Urlaub lediglich als Erholungsurlaub betrachtet, seine versicherungspflichtige Beschäftigung wieder aufnimmt. Zum kann dann später, wenn er endgültig aus dem Heeresdienst entlassen wird, gesagt werden, daß er schon den Urlaub, den er früher gehabt hat, dazu hätte benutzen müssen, in die Krankenkasse wieder einzutreten, und daß nun, weil er von diesem Recht während des Urlaubs keinen Gebrauch gemacht hat, die Berechtigung zum Wiedereintritt als freiwilliges Mitglied überhaupt erloschen sei. Diese Konsequenzen muß die Entscheidung nun nicht haben, das Reichsversicherungsamt kann sich später auch auf einen anderen Standpunkt stellen. Aber zu Streitigkeiten kann diese Entscheidung sehr wohl Veranlassung geben. Damit soll nicht gesagt sein, daß das Reichsversicherungsamt sie zu ferrigieren hätte. Es empfiehlt sich vielmehr, alle Urlauber die für längere Zeit zurückkehren, um allen Eventualitäten aus dem Wege zu gehen, darauf hinzuweisen, den Urlaub dazu zu benutzen, in die Kasse einzutreten. Es liegt das ohnehin in ihrem Interesse, und auf alle Fälle sichern sie sich ihre Rechte für die Zukunft. Es ist das um so mehr anzuraten, weil dann auch, nach dem Wiedereintritt in das Heer, bei Erkrankungen oder Verwundungen der Anspruch an die Krankenkasse besteht. Dabei ist allerdings Voraussetzung, daß die Mitgliedschaft fortgesetzt wird, was stets anzuraten ist, oder daß die Erkrankung innerhalb drei Wochen eintritt.

H. Esders & Dyckhoff

BERLIN C. Gertraudenstr. 8-9 Petriplatz **Bekleidungshaus** BERLIN C. Gertraudenstr. 8-9 Petriplatz

Noch preiswertes Angebot in fertigen

Winter-Überziehern

Herren- und Jünglings-Anzügen
Pelz-Joppen, Mäntel und Westen

Zu Weihnachts-Bescherungen
einen Posten solider Kinder-Anzüge.

Damen-Kleider und Mäntel.

Geschäftszeit: 8 1/2 - 7 1/2 Uhr, Sonntags 12-8 Uhr

Neue fertige Herren-Kleidung

für Herbst und Winter.

Überzieher und Ulster	36 ⁰⁰	45 ⁰⁰	54 ⁰⁰	68 ⁰⁰	75 ⁰⁰	85 ⁰⁰	95 ⁰⁰	110 ⁰⁰
Sakko-Anzüge	33 ⁰⁰	39 ⁰⁰	45 ⁰⁰	54 ⁰⁰	65 ⁰⁰	75 ⁰⁰	bis 90 ⁰⁰	
Röcke und Westen	36 ⁰⁰	45 ⁰⁰	54 ⁰⁰	58 ⁰⁰	68 ⁰⁰	78 ⁰⁰		
Gestreifte Beinkleider	6 ⁵⁰	8 ⁵⁰	9 ⁵⁰	10 ⁵⁰	12 ⁵⁰	14 ⁵⁰	16 ⁵⁰	21 24
Phantasie-Westen	4 ⁵⁰	5 ⁵⁰	6 ⁵⁰	7 ⁵⁰	9 ⁵⁰	10 ⁵⁰		
Loden- (Bozener) Mäntel	26 ⁵⁰	31 ⁵⁰	39 ⁵⁰	42 ⁰⁰				
Regen- u. gumm. Mäntel	alle Preislagen bezugscheinfrei		18 ⁵⁰	25 ⁰⁰	30 ⁰⁰	36 ⁰⁰	42 ⁰⁰	bis 70 ⁰⁰
Loden-Joppen — Schlafröcke — Pelz-Paletots								
Spezialität: Sportpelze	mit Pelzfutter und Opossum-kragen von 140 Mk. an.							

Nach den neuen Verordnungen darf sämtliche Herren-Kleidung nur gegen Bezugsschein verkauft werden, und wir bitten daher unsere werte Kundschaft, sich vor dem Einkauf mit einem solchen zu versehen!

R. Landsberger G. m. b. H.
(Gegründet 1840)

Friedrichstr. 108, Ecke Johannisstraße, gegenüber Karlstraße.
Sonntag von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

Eingegangene Druckschriften.

Das wirtschaftliche Problem der modernen Industriestaaten. Von Dr. C. v. Thigla. Brosch. 5,00 M. — G. Fischer, Jena. Die Reichskalenderkarte. Ein Vorschlag zur Ernährungsfrage von F. Köhler. 1,20 M. — J. F. Lehmanns Verlag, München. Vom Kriegsende zum Kriegsziele. Geb. 50 Pf. — Zwei Jahre freischirurgischer Erfahrungen aus einem Berliner Lazarett. Von Prof. Dr. C. L. Schleich. Geb. 1 M. — Aus Kottlepios Werkstatt. Von Prof. Dr. C. L. Schleich. 3 M., gebd. 4 M. — Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart. Gelände, Übertragen und zusammengestellt von A. H. Seifinger. 1,20 M. — Volkswirtschafts-Verlag, M.-Glöckchen.

Der Neubau des K. B. Verkehrsministeriums in München. Herausgegeben von E. Hoogwerf. 6,50 M. — E. Wasmuth, Berlin W 8. Lohnbuch für das Jahr 1917 zu Steuerzwecken. Von F. Wolfframm. 30 Pf. — Selbstverlag in Leipzig, Steinstr. 42. Krieg und Wirtschaft. Heft 5. Kriegshefte des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Herausgeber E. Joffé. 10 M. — J. C. B. Mohr, Tübingen. Das allgemeine und fachliche Fortbildungsschulwesen in Baden. Von Dr. A. Glöckler. 8,50 M. — W. Schönbach, Lahr (Baden). Die ich klüger wurde. Jugenderinnerungen eines Arbeiters. Von Albert Rudolph. Geb. 1,10 M. — H. B. Dieckhoff, Stuttgart. Kriegs- und Friedensstatistik auf das Jahr 1917. Herausgegeben von A. Hendrich. 50 Pf. — Franke, Stuttgart.

Jugendpflege und Staat. Von Dr. H. Petrich. 50 Pf. — Verlag der Buchhandlung des Kaiserhauses in Halle a. S. Talente. Von N. Scheffer. 216 geb. — Ein Kriegstagebuch. Von R. Stevogt. 97 geb. — B. Cassirer, Berlin W 85. Der Sozialist an der Front. Von G. Krüger. 1 M. — B. Hantsch u. Co., Magdeburg. Novellen. Von H. Kesser. 285 S. geb. — Huber u. Co., Frauenfeld und Leipzig. Von der Kindesseele. Beiträge zur Kinderpsychologie aus Dichtung und Biographie. Herausgegeben von Dr. Gerhard Bäumer und Eli Droscher. 6 M., geb. 7,50 M. — R. Boglinders Verlag, Leipzig. Zur Frage deutscher Siedlung auf neuemordischem Gebiete. Von Joh. D. v. Laube. 50 Pf. — J. Lehmann, Berlin-Charlottenburg.

Großes preiswertes Lager in **Ulster, Paletots, Joppen und Hosen**

S. JOSEPH SCHONEBERG Hauptstr. 1, Ecke der Grunewaldstraße.

Modernes preiswertes Lager in **Anzügen** für Herren, Burschen u. Knaben.

Samstag von 12-8 Uhr geöffnet.

Eile zu Weile Spezialhaus für Pelzwaren Berlin S. 119 Dresdener Strasse 119 Eckhaus am Oranienplatz. **Ausstellung der neuesten Muster Nur Prachtstücke** in Echt Skunks, Fuchs, Marder, Skunks-Opussum sowie in allen anderen Pelzarten zu wirklich billigen Preisen. **Pelz-Hüte** leicht und schick. Bitte genau auf Nr. 119 Dresdener Strasse 119 und Firma Eile zu Weile zu achten. Sonntags 8-10 und 12-8 geöffnet.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süd Erscheint wöchentlich einmal. Bei Einkäufen empfohlen. **Bäcker- u. Konditoreien** H. P. Radloff Nklm., Allee 37, Aserkassaplatz, Kottbus. **Fleisch- u. Wurstwaren** Paul Müller, Friesenstr. 22, Karolinenpark 16, F. Regber, F. Fleischw., u. Antsch. **Mehldig., Kolonialw.** Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97, A. Schleinitz, Mariannenstr. 14. **Weine, Fruchtsäfte, Likör.** E. & M. Leydicke, Mansteinstr. 4. **Uhren, Goldwaren** S. Fenske, Kottbus, Damm 99, Strong real, anerkannt bill. **Neukölln** C. Dittmann, Berlinerstr. 42, Wild - Geflügel - Fleisch.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen Bei Einkäufen empfohlen. **Brauereien** Adeling & Hoffmann Akt.-Brauerei Potsdam Eig. Niederlag. Berlin SW. 47, Kreuzbergstrasse 25, Brandenburg a. H., Wilhelm-dorferstr. 72. **Spez. Potsdam-Stangenbier Bürgerbräu.** **Fleisch- u. Wurstwaren** Georg Dabelow Potsdamer Strasse 76b. **Gelosenholzkäufe** Rud. Flatauer, Alt-Moab. 110. **Weine, Fruchtsäfte, Likör.** E. & M. Leydicke, Mansteinstr. 4. **Charlottenburg** Otto Gaeger Mehldig., Kolow. u. Wilmsd. Str. 69, 61. **O. Grätz** Schuhw.-Lag., Rep. bbl. Lützower Str. 7. **Nowawes** A. Kieper Friedrichstr. 28, Damen-, Kinder-Konfektion. **Spandau** Paul Gaeger Mehl und Kolonialw. Breitestr. 47, Schönwalderstr. 13-14, Fichelsdorferstr. 12. **Haus- und Küchengeräte** Hermann Finck Eisenw., Schönwalderstr. 47, Alfred Bartels, Breitestr. 35, Schirme, Leder-, Drechslerw., A. Markgraf, Brüderstr. 11 Eck, Jägerstr. Lang. Gls., Pernill, Steing. Goldschmiedemst. Ad. Tornow Markt 10, gegr. 1859.

Derner **Schuhhaus** Schöneberg Hauptstraße 160 Ecke Kaiser-Friedrich-Straße. **Wilmsdorf** Augustastr. 1. Für den Winter: **Filz- und Kamelhaarschuhe** für Damen- Herren und Kinder in sehr großer Auswahl. **Billigste Preise!** Universal-Briefsteller 3 Kart. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden). Kammer, Otto Friedrich, Universal-Briefsteller, Geb. 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3

Pelzwaren eigener Konfektion, gut sortiertes reichhaltiges Lager in allen Pelzarten, Reparaturen nach schicken Modellen. Kürschnermeister Itzig, Kantstr. 50 im Hause der Post

Passende Weihnachtsgeschenke in **Damen-, Herren- und Armbanduhren** in Gold, Silber, Tula u. Stahl sowie Ketten, Armbänder, Ringe, Broschen, Ohrringe, Halsketten, Manschettenknöpfe, Schlipspnadeln in allen Preislagen. Für unsere Krieger: Uhren mit Leuchtblatt, Wanduhren und Wecker in allen Arten. **Emil Quade** Berlin-Schöneberg, Hauptstrasse 145, Größtes und billigstes Spezialgeschäft Schönebergs. Alles Gold und Silber wird in Zahlung genommen

Kranz- u. Blumenspenden schnell und billig. Turmstraße 56 **Dabers** Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Jedes Heft 20 Pf.

Pelzwaren wegen Einberufung enorm billig. Alaskafuchs-Kragen . . . M. 18.- an Skunkskragen . . . 50.- mit Alaskafuchs . . . 12.- Marder . . . 60.- Große Auswahl in allen anderen Pelzwaren. — Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt. Kürschnermeister, **Poetzler**, Kottbusser Damm 15. Bitte genau Hausnumm. zu beacht.

Wirklich praktische, nützliche Weihnachtsgeschenke in hervorragender Auswahl: **Bett- und Tischwäsche** • Ohne Bezugsschein • Tischtücher, baumwoll Jacquard, 120/180 4,00 2,95 • Tischtücher, halbleinen Jacquard, 120/180 5,50 4,50 • Tischtücher, reinleinen Jacquard, 120/180 8,25 5,50 • Mundtücher, Jacquard, 1/2 Dtz. 8,50 6,25 4,50 • Handtücher, baumwollener Drell, 1/2 Dtz. 4,50 3,75 • Handtücher, halblein. Gerstenkörn, 1/2 Dtz. 8,25 7,50 7,00 • Handtücher, reinleinen Jacquard 1/2 Dtz. 10,50 9,25 7,90 Louisiana-Stoffe 2,75 2,50 2,25 1,85 1,05 1,35 Dimitti-Stoffe 2,95 2,35 1,50 1,40 Damast-Stoffe 2,95 2,35 1,30 1,40 Züchen-Stoffe 2,60 2,45 2,25 1,60 1,50 1,40 Renforcé, ca. 50 cm, stark und feinädig, 1,00 1,85 1,40 1,25 1,10 Hemdentuch, ca. 50 cm 1,85 95 75 Pf. **Taschentücher** Ohne Bezugsschein • Damen-Batist-Tücher mit Hohlnaum und Buchstaben 1/2 Dutzend . . . 3.- 2,25 • Stickerei-Tücher im Karton, 1/2 Dtzd. 1,95 1,45 95 Pf. **Besondere Geschenkartikel** • Ohne Bezugsschein • Weiße Zier-Schürzen mit u. ohne Achselband, mit Stickerei, Ao- u. Einsatz . . . 1,75 1,25 95 Pf. • Weiße Kinder-Hänger, reich garn. 2,95 2,45 1,75 • Bunte Tändel-Schürzen mit u. ohne Achselband 95 Pf. **Für Liebesgaben** • Ohne Bezugsschein • Leibbinden, Brustwärmer } • Pulswärmer, Kopfschützer } Stück . 95 Pf. **Elegante Blusen-Kragen** . . . 1,95 1,45 95 Pf. **Damen- u. Knaben-Gürtel**, Lackwacht. 1,45 95 65 Pf. **Korsetts**, lange, moderne Form . . . 4,45 3,75 2,95 **Damen-Brustwärmer** . . . 1,35 1,00 90 Pf. **Handarbeiten** • Ohne Bezugsschein • Kissen, fertig gestickt 3,95 2,75 1,95 • Läufer u. Decken, fertig gestickt 3,75 2,95 1,95 **Damen-Schlupf-Beinkleider**, Trikot mit warmem Futter 3,25 2,95 **Tailen-Tücher**, moderne Muster . . . 5,95 4,95 3,95 **Damen-Wäsche** • Damen-Tag-Hemden mit Stickerei-Ansatz 3,50 2,95 2,45 • Damen-Tag-Hemden, rumpfgestickt . . . 3,95 3,25 2,95 • Damen-Tag-Hemden mit handgestickter Passo 4,75 3,95 3,25 • Damen-Tag-Hemden mit Stickerei und Hohlnaum 5,25 4,50 3,75 • Damen-Beinkleid, Kniefasen, mit Stickerei 2,95 2,45 1,95 • Damen-Beinkleid, Barchent, mit Langnetze 3,05 2,05 2,35 • Damen-Nachthemden, elegante Ausführung 17,50 13,05 11,50 • Damen-Nachthemden, Ausschnitt mit Stickerei 8,25 6,75 5,95 • Nachjacket, Barchent, mit Säumchen . . . 3,75 2,95 2,35 • Beinkleid, einfarbig oder gestreift Barchent 4,50 3,65 2,95 • Anstandsrock, einfarbig oder gestreift Barchent 5,75 4,65 3,50 • Stickerei-Röcke mit breitem Volant 9,75 7,50 5,95 4,75 • Untertaillen, gut sitzende Formen 3,75 2,95 2,25 1,50 **Batist-Wäsche** • Ohne Bezugsschein • Untertaillen 3,95 2,75 1,95 • Nachthemden 10,75 8,95 7,25 • Taghemden 6,50 4,75 3,35 • Beinkleider 6,95 5,75 4,25 **Kaufhaus Wilhelm Joseph** SCHONEBERG Hauptstr. 163 **BERLIN W** Gr. - Görtschenstr. 1 **Am Sonntag, dem 10. und 11. Dezember, ist mein Kaufhaus von 12-8 Uhr geöffnet.**

Grosse Puppen- und Spielwaren-Ausstellung im IV. Stock

H. Joseph & Co

Besorgen Sie Ihre Weihnachts-Einkäufe frühzeitig

Neukölln, Berliner Str. 51-55

Neukölln, Berliner Str. 51-55

Sonntag von 12

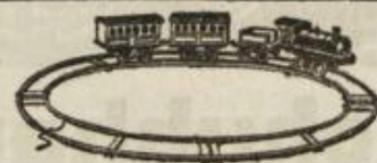
bis 8 Uhr geöffnet



Dampfmaschinen
mit stehendem u. liegendem Kessel 2⁶⁵



Soldat.-Garnitur.
3⁷⁵ 2²⁵ 1²⁵



Eisenbahn m. Uhrwerk u. Schienen 1⁴⁵

Unterhaltungsspiele, Gesellschafts- und Geduldspiele
Richters Steinbaukasten, Metallbaukasten

- Laubsägekasten . 3.50, 2.25, 1.95, 1¹⁰
- Kinderdruckereien . 1.25, 48, 38, 25 Pf.
- Helme aller Waffen 2.75, 1.75, 1.25, 60 Pf.
- Säbel mit Portepée 1.10, 75, 58, 45 Pf.
- Seitengewehre mit Koppel 1²⁵
- Gewehre mit Pflöcken und Gummipfeil 48 Pf.
- Luftgewehr für Bolzen und Kugeln 2¹⁰
- Festungen aus Holz 6.50, 4.50, 1.25 95 Pf.
- Lineol-Soldaten im Karton 65 Pf.
- Trommeln 1.25, 98, 50, 35 Pf.
- Gekleidete Puppen 2.65, 1.95, 1.35 95 Pf.

Puppenrumpfe, -Kleider und -Schuhe
Strümpfe, Perücken

Kaufläden, Puppenstuben, Küchen und sämtl. Zubehöriteile in reicher Auswahl und allen Preislagen



Gelenkpuppe
mit Perücke, Schlafaugen und Wimpern, ca. 62 cm gr. 3⁴⁵



Gekld. Puppe
ca. 34 cm gross 1¹⁰



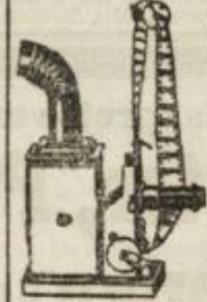
Stehautpuppe
30 cm hoch 1²⁵ kleider hoch 65 Pf.

- Plüschbären mit beweglichen Gliedern 65 Pf.
- Puppensportwagen lack. 4.25, 2.75, 1⁴⁵
- Legespiele mit Kaiser- und Hindenburg-Bild. 85 Pf.
- Schilderhäuser mit Posten . 1.15, 65 Pf.
- Kanonen in allen Preislagen von 10 Pf. an.
- Trompeten 95, 65, 35, 28, 12 Pf.
- Kindergeigen 2.45, 1.50, 95, 75 Pf.
- Bilderbaukasten 95, 75, 48, 38 Pf.
- Kochherde 58, 35, 25, 15 Pf.
- Kaffeeservice im Karton 2, 4 u. 6 Tassen 35 Pf.
- Speiseservice i. Kart. 4.75, 1.75, 98, 58 Pf.

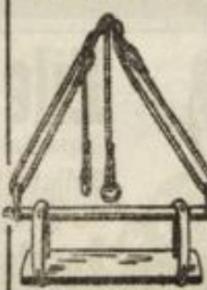
Schaukelpferde, Puppenwagen, Sportwagen, Strassenrenner, Turnapparate

Unterstände, Drahtverhaue, Schützengräben, Automobile in grosser Auswahl und allen Preislagen

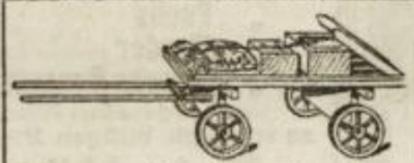
Christbaumschmuck, Lamettasachen, Eistau, Feenhaar
Weihnachtsmänner und -Bäumchen, Lichthalter etc.



Kinematograph
2²⁵ 3⁹⁵ 6²⁵



Turnapparat
bestehend aus Reck, Nebenkette lederbezogen. Ringen 5⁵⁰



Rollwagen fein lackiert, ca. 55 cm gross 95 Pf.

Passende Geschenke für den Weihnachtstisch

* Ohne Bezugsschein

Ausgewähltes Sortiment guter Bücher

für **Knaben und Mädchen**

sowie reichhaltige Auswahl neuester Kriegs-Erzählungen und Romane guter Autoren

65, 75, 95 Pf. 1²⁵ 1⁹⁰

Märchen- und Bilderbücher

von 10 Pf. an

Kleider- und Blusenstoffe

- Blusenstoffe hübsche Streifenmuster in viel. Farbenstellung. Mtr. 3⁵⁰ 2⁷⁵ 1⁷⁵
- Blusenstoffe in kariert. Muster, 70-110 cm breit. Mtr. 5²⁵ 2⁷⁵ 1⁶⁵
- Kostüm- u. Rockstoffe meliert, haltbare Qualität, 100 bis 130 cm breit. Mtr. 9⁵⁰ 5⁷⁵ 3⁹⁵ 2⁹⁵
- Karierte Stoffe für Röcke und Kinderkleider . . Mtr. 6⁵⁰ 4⁸⁰ 3⁵⁰ 2⁷⁵
- * Eolienne halbseld. Gewebe, 100-110 cm breit . . Mtr. 13⁰⁰ 10⁰⁰ 8²⁵ 6⁵⁰
- * Seiden- Schleierstoffe glatt und bestickt . . . Mtr. 12⁵⁰ 8⁰⁰ 6⁵⁰
- * Bedruckte Schleierstoffe für Blusen u. Kleider . . Mtr. 4⁵⁰ 2⁷⁵ 2²⁵
- * Bestickte Schleierstoffe weiss u. weiss-farbig bestickt Mtr. 6⁵⁰ 4⁹⁵ 3⁶⁵
- * Schleierstoffe einfarbig, bunt bestickt, neueste Mode . . . Mtr. 5²⁵
- * Schleierstoffe für Kleider und Blusen gestreift, ca. 110 cm breit Mtr. 6⁹⁵ 3⁹⁵ 3⁵⁰

Fertig im Karton 10⁰⁰ 9¹⁰ 7²⁵ 4⁷⁵
in eleg. Aufmachung 2^{1/2} Mtr. für

Sammet- und Seidenstoffe

von der Mode bevorzugt.

- * Sammet in vielen Farben für Kinderkleider u. Blusen . . Meter 3⁹⁵ 2⁵⁰ 1⁹⁵
- * Lindener Cöper-Sammet 55 bis 70 cm br., i. Kleid. u. Kost. 13⁷⁵ 9⁵⁰ 6⁵⁰
- * Seide kariert, für Blusen wundervolle neue Muster Meter 5⁵⁰ 3⁵⁰ 2⁹⁵
- * Seide gestr., weiche fließende Seide, aparte Muster . . . Meter 5⁵⁰ 3⁷⁵ 3²⁵
- * Seide einfarbig, für Blusen und Besätze Meter 3⁹⁰ 3⁷⁵ 3²⁵
- * Seide einfarb. f. Blusen u. Kleid., 85 cm breit, in vielen Farb. Mtr. 7⁸⁵ 6⁹⁰ 5⁷⁵
- * Chiné-Seide wunderv. Farb-Stellung. für Blus. u. Besätze Mtr. 6⁵⁰ 6⁰⁰ 4⁵⁰
- * Crêpe de Chine in viel. Farb., jetzt bes. bevorzugt. Mtr. 11⁰⁰ 10⁵⁰ 9⁵⁰

Sämtliche Kleider-, Sammet- und Seidenstoffe auf Wunsch in einem eleganten Karton verpackt.

Fertig im Karton 11²⁰ 9⁷⁵ 9²⁰
in eleganter Aufmachung, 3 Meter

Aus unserer Schreibwaren-Abteilung empfehlenswerte

Weihnachts-Geschenke

- 100 Briefbogen mit Umschlägen 95 Pf.
- 1 Brietasche enth. 25 Feldpostbriefe 48 Pf.
- 1 Briefkassette „Wehr bringt Ehr“ 98 Pf.
- Eleg. Ausstattungs-Kassette 1⁴⁵
- Postkarten-Album für 500 Karten 1²⁵
- 25 Briefbogen mit Umschlägen, Oktav 48 Pf.

* Ohne Bezugsschein

Elegante Damen-Konfektion

* Ohne Bezugsschein

Mäntel

- Sport-Jacken in gemusterten Stoffen 17⁷⁵ 14⁷⁵
- * Sport-Jacken in Cord-Samt mit Gürtelgarnitur 23⁵⁰
- Mäntel in neuest. Macharten, weicher moderner Schnitt 34⁵⁰ 26⁷⁵
- Ulster-Mäntel in kräftig. Winterstoffen 48⁵⁰ 33⁵⁰
- Glocken-Mäntel in all. mod. Farben, neueste Machart 54⁵⁰ 39⁵⁰

Kleider-Röcke.

- Röcke in kräftigen Strapazierstoffen 10⁵⁰ 6⁷⁵
- Röcke in blauen und schwarzen Stoffen moderne Glocken-Machart 17⁷⁵ 13⁷⁵
- Röcke neuest. Glocken-Machart, schwarz u. blau 28⁵⁰ 21⁵⁰
- * Röcke in Sammet-Glocken-Machart 45⁵⁰ 36⁵⁰ 32⁵⁰
- Trägerröcke in Samt u. Wolstoff 58⁵⁰ 48⁵⁰ 36⁵⁰

Seiden-Blusen

- * Blusen in gestreifter Seide, mod. Garnitur u. einfarb. Paillette-Seide 9⁷⁵
- * Blusen neueste Kragengarnitur 12⁷⁵
- * Blusen in gestreifter Seide mit moderner Knopfgarnitur 15⁷⁵
- * Blusen in Seiden-Krepp in apart. Machart, m. neuest. Garnit. 22⁵⁰
- * Blusen in Sammet mit mod. gestr. Kragen, neueste Machart 16⁷⁵

Unterröcke

- Unterröcke in Halbtuch mit Tressengarnitur 3⁹⁵
- Unterröcke in Tuch und Halbtuch 10⁷⁵ 8⁷⁵ 6⁷⁵
- Unterröcke in Trikot mit mod. Volant 10⁵⁰ 8⁷⁵ 4⁹⁵
- * Unterröcke in Seide eleg. Machart 26⁵⁰ 19⁷⁵ 16⁷⁵
- Unterröcke Moiré mit elox. Volant 13⁵⁰ 12⁷⁵ 10⁷⁵

Die Wohnungsnot und ihre Abhilfe.

Zur heutigen Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus.
Von Paul Hirsch.

Die Begründung, die die preussische Regierung dem Entwurf eines Wohnungsgesetzes beigegeben hat, zeichnet sich vor anderen amtlichen Veröffentlichungen durch die Freimütigkeit und Offenheit aus, in der das Vorhandensein einer Wohnungsnot anerkannt wird, einer Wohnungsnot, die sich nicht nur in dem Mangel an Kleinwohnungen, sondern auch in den hohen Mietpreisen und in der schlechten und gesundheitschädlichen Beschaffenheit vieler Wohnungen äußert.

Wer die Begründung liest, kann über die Notwendigkeit, einschneidende Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse zu ergreifen, nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Wie bereits in den früheren Entwürfen wird auch jetzt wieder betont, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung in Räumen wohnt, die aufs äußerste beschränkt und von denjenigen anderer Haushaltungen nicht in einer den Anforderungen des Familienlebens und der Hygiene entsprechenden Weise getrennt sind. Die Kleinwohnungen sind vielfach nach Lage oder baulicher Beschaffenheit unbefriedigend, zum Teil in gesundheitlicher Beziehung zum dauernden Aufenthalt von Menschen überhaupt nicht geeignet. Dazu kommt eine starke Ueberfüllung der Wohnungen, in denen vielfach in weitgehendem Maße noch Fremde, nicht zur Familie gehörige Personen untergebracht waren, so daß weder den Rücksichten der Gesundheit und der Sittlichkeit, noch den Erfordernissen der Aufrechterhaltung des Familienlebens ausreichend Rechnung getragen ist.

Zugleich zeigt die Zahl der jeweilig leerstehenden Kleinwohnungen, von denen ein gewisses Mindestmaß wenigstens in größeren Gemeinden zur regelrechten Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses und zur Verhütung von Wohnungsmangel erfahrungsgemäß erforderlich ist, in vielen Orten oft längere Zeit hindurch oder in häufigerer Wiederkehr ein Sinken unter dieses Mindestmaß, und die Mietpreise stehen in zahlreichen Fällen nicht im Verhältnis zu dem Einkommen der lohnarbeitenden Bevölkerungskreise.

Worauf sind diese Mißstände, die namentlich in den letzten Jahren vor dem Kriege kraft in Erscheinung traten, zurückzuführen? Einmal darauf, daß in denjenigen Gemeinden, in welchen die Bevölkerung fortgesetzt wächst, die Herstellung kleiner gesunder Wohnungen wenn nicht dauernd, so doch in gewisser Wiederkehr längere Zeit hindurch hinter der Bevölkerungszunahme zurück bleibt, während zugleich ältere Häuser beseitigt werden, in denen bisher minderbemittelte Familien zu angemessenen Mietpreisen ein leidliches Unterkommen fanden. Sodann darauf, daß infolge einer ungesunden Boden- und Häuser speculation die Mietpreise zu unverhältnismäßiger Höhe getrieben werden.

Die auf Kleinwohnungen angewiesene Bevölkerungskreise sind daher genötigt, bei der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses auf das denkbar bescheidenste Maß hinzuabzugehen oder auch fremde Personen als Mieter, Einlieger oder Schlafgänger bei sich aufzunehmen. Der Mangel

einer ausreichenden Zahl gesunder und preiswerter Wohnungen erschwert zugleich das im gesundheitlichen Interesse vielfach dringend gebotene Einschreiten gegen die aus früheren Zeiten überkommenen Wohnungen und gegen die zunehmende Unterbringung von Menschen in Räumen, die zu dauerndem Aufenthalt ursprünglich nicht bestimmt und auch bisher nicht benutzt worden sind. Weiter hat an vielen Orten, und zwar nicht nur in den größeren Städten und ihrer Umgebung, sondern zum Teil bereits auch in den Industriedörfern, hauptsächlich auch der Umstand die Wohnungsverhältnisse ungünstig beeinflusst, daß immer mehr über das durch den Stand der Bodenpreise gerechtfertigte Maß hinaus Wohnhäuser mit 4 und mehr Stockwerken errichtet worden sind.

Uns Sozialdemokraten ist damit ebensowenig etwas Neues gesagt, wie denjenigen unter den bürgerlichen Sozialpolitikern, die sich wirklich ernsthaft um die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse bemüht haben. Wir haben von jeher auf die Mißstände der Mietskasernen hingewiesen, die nicht nur eine gesundheitliche Gefahr für die Arbeiterklasse bedeutet, sondern auch dadurch, daß sie die Bodenpreise in die Höhe treibt und die Mieten steigert, die minderbemittelten Bevölkerungskreise finanziell schwer belastet.

Es fragt sich nun, wie sich voraussichtlich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden. Die Ansichten hierüber gehen auch in unseren Kreisen auseinander. Aber alle Beobachtungen scheinen denn doch dafür zu sprechen, daß ohne ein Eingreifen der Gesetzgebung eine Besserung nicht zu erwarten ist, ja daß sich möglicherweise die Zustände auf dem Gebiet des Wohnungswesens sogar noch verschlechtern werden. Man darf nicht außer Acht lassen — auch in der Begründung des Gesetzentwurfs wird darauf hingewiesen —, daß bereits in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges die Herstellung von Wohnungen allgemein sehr erheblich nachgelassen und daß sie während des Krieges so gut wie völlig geruht hat. Dazu kommt, daß mehr und mehr Familien, denen das Oberhaupt durch den Krieg entzogen ist, in kleinere Wohnungen abzuwandern werden, und daß sich dadurch die Nachfrage nach kleinen Wohnungen noch weiter steigert.

Nach der gleichen Richtung hin dürften sich die durch den Krieg hervorgerufenen Veränderungen des Zinsfußes geltend machen. Auch die aus dem Kriege zurückkehrenden Kriegsgeliebten werden in ihrer weit überlegenen Mehrzahl zur Begründung ihres Haushalts Kleinwohnungen suchen. Soweit sich die Verhältnisse zurzeit übersehen lassen, wird daher das Mißverhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Kleinwohnungen und der Mangel an solchen nach dem Kriege eher noch stärker als bisher fortauern, und die Zustände werden ansieht besser schlimmer werden.

Eine gesetzgeberische Aktion zur Beseitigung des Wohnungselends ist also dringend notwendig. Um so bedauerlicher ist es, daß der Regierungsentwurf die Konsequenzen vermissen läßt und mit so kleinen Mitteln dem Wohnungselend steuern will, denn zwischen der Begründung der Vorlage und der in Aussicht genommenen gesetzgeberischen Maßnahmen tut sich eine unüberbrückbare Kluft auf. Auf die Unzulänglichkeit der Bestimmungen über die Wohnungsordnungen und die Wohnungsaufsicht haben wir bereits hingewiesen.

Die Regierung erkennt selbst an, daß ein planmäßiges Einschreiten gegen die vorhandenen schlechten und überfüllten Wohnungen ein besonders wirksames Mittel sei, die private

Bauunternehmung zu vermehrter Herstellung guter Kleinwohnungen zu veranlassen. Es heißt in den Motiven, daß, abgesehen davon, daß ein Vorgehen nach dieser Richtung sowohl im gesundheitlichen als auch namentlich im sittlichen und sozialen Interesse dringend geboten erscheint, der den vorhandenen guten Wohnungen heute durch die vielfach noch fast uneingeschränkte Ausnutzung der Gebäude zur Unterbringung von Menschen bereitete unläutere Wettbewerb einen wesentlichen Grund für die Zurückhaltung der Bauunternehmung bildet, eine ausreichende Zahl solcher Wohnungen herzustellen.

Mit diesen Worten sind die überaus tastenden Versuche des Entwurfs nur schwer in Einklang zu bringen, denn ganz abgesehen von den Vorschriften über Wohnungsordnungen und Wohnungsaufsicht fragt es sich sehr, ob die beabsichtigten Maßnahmen allein ausreichen, dem Mietskasernenstium den Krieg zu erklären, oder ob es hierzu nicht noch anderer, weit mehr in das Privateigentum an Grund und Boden einschneidender Mittel bedarf. Dem Bucher in Grund und Boden, der die Bodenpreise und in weiterer Folge auch die Mietpreise in die Höhe treibt, wird durch den Entwurf nicht Einhalt geboten, die große Zahl der Mieter wird den Bodenspekulanten auch weiterhin ihren Zoll entrichten müssen.

Daß die Regierung selbst am liebsten spekulative Zwecke beim Wohnungsbau ausgeschaltet sehen möchte, beweist die Anerkennung, die sie den gemeinnützigen Baugenossenschaften zuteil werden läßt. Aber was nützt die Anerkennung, was nützen alle platonischen Liebeserklärungen, ja was nützt selbst die finanzielle Förderung der Baugenossenschaften, die wir gewiß nicht unterschätzen wollen, wenn man vor ganzer Arbeit zurückschreckt und nicht die Art an die Wurzel des Übels legt! Die Halbheiten, die den Entwurf kennzeichnen, sind seine Grundfehler, sie werden, wenn er in der vorliegenden Form verabschiedet wird, eine Beseitigung des Wohnungselends und damit die Verstopfung einer Quelle verhindern, aus der so viele gesundheitliche und sittliche Gefahren entspringen.

Politische Uebersicht.

Noch immer Kriegsurachen.

Die „Neue Zeit“ hat in ihren letzten Nummern das Problem der Kriegsurachen nochmals ausführlich — in Artikeln der Genossen Seilmann, Skutsky und Bernstein — behandelt, und die Uebersetzung dieser Ausführungen füllt lange Spalten der „Humanität“. Inzwischen hat der „Vorwärts“ die Frage, wie Europa aus dem Kriege herauskommen kann, für wichtiger gehalten als die Frage, wie es in ihn hineingeraten ist. Eine wirklich objektive Untersuchung wird ohnehin erst nach Schluß des Krieges möglich sein.

Wer aber an der Verteidigung seines Landes mit ganzem Herzen teilnimmt, der wird heute leicht geneigt sein, die Schuld am Kriegsausbruch reiflos den feindlichen Regierungen aufzubürden. Das tut Genosse Seilmann, und die Art, wie er es tut, ist ein Beweis mehr seiner eigenen leidenschaftlichen Teilnahme für die deutsche Sache. Er tut damit etwas Ähnliches wie jene französischen Sozia-

Die Polenfrage in Westdeutschland.

Von Hermann Wendel.

Durch die gemeinsame Kundgebung der deutschen und österreichischen Regierung, die den Polen des russischen Reiches ihre staatliche Selbständigkeit verbürgt, ist mit einem Schlage alles, was irgendwie Polenfrage heißt, wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt, denn selbstverständlich wird der ganze Kreis der polnischen Angelegenheiten durch jene Proklamation vom 5. November 1916 berührt. Da kommt ein soeben im Verlag von Robert Noske in Vorna-Leipzig erscheinendes Buch sehr zu pass, in dem sich Dr. S. Wachowiaf über „Die Polen in Rheinland-Westfalen“ verbreitet. Seit vor einer Reihe von Jahren Dr. Viktor Wredt in einem Buche über die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet hauptsächlich die Einwirkung der östlichen Zuwanderung auf die Entwicklung der Betriebsmittel im Ruhrbergbau herausgearbeitet hatte, ist Wachowiaf anscheinend vor dem Kriege geschriebenes Buch die erste Veröffentlichung über diesen Gegenstand, die durch Uebersichtlichkeit, Klarheit und Unparteilichkeit Bedeutung in Anspruch nehmen darf.

Allerdings kommt der Verfasser an vielen Stellen nicht über die Grenzen einer rein ideologischen Betrachtungsweise heraus und erschwert sich dadurch den Einblick in die tieferen Ursachen der Dinge. An anderen Stellen hebt er wiederum die Schwerkraft wirtschaftlicher Beweggründe gehäuft hervor, so, wo er nach den Quellen der ganzen Frage forscht und den Anlaß zur Abwanderung der Polen nach dem Westen bloßlegt. Eine preussische Statistik aus dem Jahre 1861 zählt genau vier polnische Familien mit 16 Angehörigen in dem ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in dem ein halbes Jahrhundert später die Polen zu Hunderttausenden wimmeln und schier ein eigenes slawisches Gemeinwesen im Westen des preussischen Staates bilden. Die Agrarfrage der achtziger Jahre war es, die den Polen von seiner Scholle loslöste und in dichten Scharen entweder übers große Wasser oder in die westdeutsche Industrie trieb. Der volle Lohn eines Insten auf den ostelbischen Rittergütern betrug damals bei 12—15stündiger Arbeitszeit 200—400 M. jährlich, aber auch den Tagelöhnern und Häuslern und selbst den freien Kleinbauern ging es in dem slawischen Lande des Großgrundbesitzes keineswegs rosig. Kein Wunder, daß die rheinisch-westfälische Industrie mit ihren für ostelbische Verhältnisse unerhört hohen Löhnen diese armen Teufel wie ein Märchenland voll Glanz und Gloria lockte. Aber auch die preussische Polenpolitik trug das ihre dazu bei, dem slawischen Bewohner der Provinzen Posen und Westpreußen den Nahrungsspielraum zu verengen, denn Patzellerungsgezet und Anstiedlungsverbot erlaubten dem kleineren Mann nicht, auf eigener Scholle festhaft zu werden, und die Begünstigung der Deutschen im Staatsdienst verwehrt ihm den Unterlauf in Promantenstellen. Dazu kam, daß der westfälische Bergbau, von Jahr zu Jahr sich erweiternd und um sich greifend, nach Arbeitskräften hungerte, ganz gleich, woher sie kamen. So ergoß sich seit den achtziger Jahren ein nie mehr verjagender

Strom polnischer Arbeiter in das rheinisch-westfälische Industriegebiet, und zwar stammten die meisten Zuwanderer aus Posen und Westpreußen, nur die wenigsten aus Oberschlesien.

Die offizielle Statistik beziffert im Jahre 1910 die Zahl der Polen im Rheinland auf 71 695, in Westfalen auf 182 507. Am zahlreichsten finden sich Polen in den Landkreisen Recklinghausen, Dortmund und Gelsenkirchen sowie in den Stadtkreisen Recklinghausen, Gelsenkirchen, Hamborn und Herne. 47 Gemeinden weisen im gleichen Jahre 10 bis 25 Proz., 6 über 25 Proz. Polen auf, in der Gemeinde Habinghorst im Landkreis Dortmund erreicht ihr Anteil 43,8 Proz. Aber in Wahrheit bleiben diese Zahlen erheblich hinter den Tatsachen zurück. Schon Professor Bernhard, der bekannte Darsteller der Polenfrage in Deutschland, mußte feststellen, daß die Mutterstatistik politische Zwecke diene und daß sie sich, von politischen Behörden ausgeübt, nach den Interessen dieser Behörden zu gestalten pflege. So ist es unerfindlich, warum Kassuben und Masuren, die eine polnische Mundart sprechen, nicht den Polen zugezählt werden, und es verzieht ebenio die Statistik, wenn die im Westen geborenen Polen — nach der letzten Zählung schon 79 000! — in den Tabellen als Deutsche auftauchen. Alles in allem mögen sich die Polen in Rheinland-Westfalen bei Kriegsbeginn schätzungsweise auf 400 000 bis 500 000 Köpfe belaufen. Wermüchtig ist und kennzeichnend für das polnische oder allgemein slawische Gemeinschaftsgefühl, daß die neuen Zugewandte in der Regel dorthin wenden, wo sie schon engere Heimatgenossen vorfinden. So sitzen die Zuwanderer aus dem Kreise Gostyn fast immer in Oberhausen oder Wanne, die aus dem Kreise Kattowice in Herne, die aus den schlesischen Kreisen fast ausschließlich in Bottrop, die Masuren in Gelsenkirchen, die Westpreußen in Wattencheid.

Dieses Gemeinschaftsgefühl gab auch einen guten Untergrund für das polnische Vereinswesen, das sich in verschiedenen Zweigen, kirchliche, Gesang-, Turn-, Wahl- und Berufsvereine, schon früh entwickelte und bald kräftig in die Salme schob. Die Organisation wiederum trug dazu bei, den neuen Typus Pole heranzubilden, der in Westdeutschland rasch erwuchs. Dr. Wachowiaf liefert Beiträge für die Wichtigkeit der ökonomischen Gesichtsauffassung, indem er die Folgen der Latiache beleuchtet, daß ein seit Jahrhunderten agrarisches Volk hier in Massen zur Industrie überging. Wenn das Dogma von den angeborenen Charaktereigenschaften eines Volkes zuträfe, hätte der Pole als Industriearbeiter im Westen in allen Grundzügen derselbe bleiben müssen wie der Pole als Bauer oder ländlicher Tagelöhner im Osten. Das Gegenteil aber ist der Fall! Der Stumpfsinn des östlichen Polen wandelte sich bei seiner Verpflanzung nach dem Westen in Gewertheit, seine Neigung zur Invidiosität und Uneinigkeit in Drang zum Zusammenrücken, seine Schläftheit in Tätigkeitsfieber, sein politisches Schwächertum in ernste wirtschaftliche Arbeit. Der Verfasser scheint darüber erstaunt, wenn er schreibt:

Es ist überhaupt bezeichnend für die Polen im Westen, daß sie äußerst rührig überall da, wo es eben geht,

ihre Rechte geltend machen und sich niemals und unter keinen Umständen passiv verhalten. Es ist dies ein Zug, der sich merkwürdigerweise erst in der „Fremde“ entwickelt hat. Die polnische Arbeiterbevölkerung im Westen, welche bis vor kurzem Führer aus den intelligentesten Kreisen kaum aufzuweisen hatte, die polnische Demokratie par excellence hat eine so wirkungsvolle Politik eingeschlagen, daß sie in der Heimat allgemeine Bewunderung erregt und den Osten mit dem Westen immer mehr verkettert. Die westfälischen Polen sind auf ihre Erfolge auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens nicht wenig stolz und machen daraus kein Geht.

Aber merkwürdigerweise? Veränderte Verhältnisse schaffen veränderte Menschen, und so hat sich im deutschen Westen unter dem Einfluß der Industrie und des Zusammenschlusses eine polnische Bevölkerung entwickelt, die von der im deutschen Osten sitzenden sehr verschieden ist und ihr zur Arrüftung sogar ihre Kapitalien aus Hunderttausenden von Spargroschen und ihre Latkraft zur Verfügung stellen mußte.

Ebenso ergibt sich die Sympathie der Polen gegen den Sozialismus aus ganz anderen Gründen als Dr. Wachowiaf irrt, wenn er schreibt: „Daß die Polen gerade für die Sozialdemokraten und die auf ihrer Weltanschauung aufgebauten freien Gewerkschaften schwer zugänglich sind, erklärt sich ganz einfach durch den Konservatismus, der nun einmal den Polen in religiösen und ethischen Fragen überhaupt kennzeichnet.“ Vielmehr erklärt sich diese ablehnende Haltung der polnischen Arbeiter gegen den Sozialismus aus ihrer nationalen Unterdrückung. In der Berufsvereinerung haben sie die Gewerkschaft, in deren Rahmen sie den wirtschaftlichen Kampf gegen die Unternehmer führen. Aber da in der rheinisch-westfälischen Industrie der Unternehmer in allen Fällen der Deutsche ist und die Polen als schlecht behandelte nationale Minderheit ohnehin in einem scharfen Gegensatz zur deutschen Regierung stehen, fließt in ihrer Vorstellung Nationalitätengenossenschaft und Klassengenossenschaft ineinander. Anders, wenn der polnische Arbeiter einem polnischen Unternehmer gegenübersteht. Darum ist die polnische Industriearbeiterschaft in Kongreg-Polen für den Sozialismus weit empfänglicher.

Aber auch bei den preussischen Polen sind Wandlungen in dieser Richtung im Gefolge der Rundgebung vom 5. November 1916 unvermeidlich. Der Abbau der Polenpolitik in Preußen, ohne den das selbständige Königreich Polen ewig ein Traum, und zwar ein gefährlicher Traum bleiben wird, erleichtert die wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten für die Polen im Osten. Daher Rückgang der Abwanderung nach dem Westen, Zunahme der Rückwanderung nach dem Osten! Welche wirtschaftlichen Fragen sich damit für den Westen wie den Osten aufrollen, mühte Gegenstand einer besonderen Untersuchung sein. Eines aber ist sicher: der Abbau der Polenpolitik wird nach und nach den Nationalitätengenossenschaft zwischen Deutschen und Polen verwischen, und eines Tages sieht der polnische Arbeiter in dem deutschen Unternehmer nicht mehr den Deutschen, sondern nur mehr den Unternehmer. Dann ist auch hier die Bahn frei für den Sozialismus!

listen, die zu Beginn des Krieges den deutschen Volk über das russische Lamm herfallen sahen und alles vergaßen, was sie zuvor über den blutbesetzten Zarismus und das schändliche Bündnis der Republik mit ihm geredet und geschrieben hatten.

Wie möchten die französischen Sozialisten fragen: Wenn sie heute zu der Auffassung kämen, daß Herr Poincaré und das Ministerium Viviani Anfang August 1914 doch nicht eine so ganz harmlose Rolle spielen, wie sie bisher annahmen — würden sie deshalb die Verteidigung ihres Landes preisgeben? Das würden sie ganz gewiß nicht tun. Und doch hat Frankreich von Deutschlands Sieg viel weniger zu befürchten, als Deutschland von einem Siege Frankreichs und seiner Verbündeten.

Die deutschen Sozialisten verteidigen ihr Land nicht, weil sie eine bestimmte Ansicht über die Entstehungsgründe des Krieges haben, sondern sie verteidigen es, weil es offenkundig von französischen und russischen Eroberungsabsichten bedroht ist. Erst wenn der Erfolg dieser Verteidigung endgültig sichergestellt ist, wird Zeit sein, ruhig und objektiv von anderem zu reden.

Juristenkunststücke.

Im roten „Tag“ sucht der Geheimratskollege Dr. Roman auf dem Wege juristischen Interpretationskunst nachzuweisen, daß trotz der Gewerkschaftenverträge nach dem Verbot der öffentlichen Versammlungen nicht an öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen dürfen. Der Kollege stellt sich auf den Standpunkt: „Ausnahmsbestimmungen sind eng auszulegen“. Bei den Ausnahmsbestimmungen gegen die Arbeiterbewegung hat die Justiz diesen Standpunkt nie befolgt! Im übrigen argumentiert er:

Öffentliche Versammlungen sind keine Vereinsversammlungen, sie sind dies auch dann nicht, wenn sie von Vereinen veranstaltet oder veranstaltet werden. Vereinsversammlungen und öffentliche Versammlungen stehen einander gegenüber. So — das wollten wir gar nicht. Warum, Herr Roman, haben sich denn dann die Gerichte bisher auf den Standpunkt gestellt, daß Vereinsversammlungen als öffentliche angesehen seien, sobald die Mitgliedschaft des Vereins einen gewissen Personenkreis umfaßt. — Die können Herrn Roman nur eins nahelegen: Wenn die Justiz auch nach diesem Kratze fortfahren sollte, in der alten Weise der Arbeiterklasse die mühsam erzwungenen gesetzlichen Fortschritte durch dialektische Auslegungsmittel ganz oder teilweise hinwegzuzuschieben, dann wird sich in Deutschland ein Sturm gegen sie erheben, über den sich nicht nur Herr Roman wundern wird, sondern auch, wer sonst noch in der Arbeiterwelt über diesen Krieg herüberkommen denkt als ein Mann, der nicht gelernt und nicht vergessen hat.

Vorüberlegung, wie sie nicht sein soll.

Ein sehr bedauerliches Fall von falscher Beschäftigung eines Kriegsverletzten wird uns aus Waldenburg i. S. berichtet. Dort erhielt ein junger Kriegsverletzter, dem die linke Hand durch eine Schußverletzung verkrüppelt war, Beschäftigung an den Föderationswerken. Diese Arbeit konnte er bewältigen. Bald darauf wurde der junge Mann aber an die Kreisfäbrrik gestellt, deren Bedeutung ihm mit der einen gesunden Hand außerordentlich schwer fiel. Vergeblich ließ die gedungene Mutter, die für ihren Sohn und Ernährer ein Unglück vorausah, zum Vergewaltiger, von diesem zum Vergewaltiger, schließlich zum Berufsberater, einem Provinzialsekretär. Es wurde wohl eine Untersuchung angeordnet, andere Beschäftigung versprochen, aber es geschah nichts. Schließlich trat die Katastrophe ein: dem jungen Mann wurden von der Säge sämtliche Finger der gesunden Hand abgeschnitten.

Wie unterstützen die Bestrebungen, den Kriegsverletzten geeignete Arbeit zu verschaffen, in jeder Weise. Aber es muß eben geeignete Arbeit sein. Ein Fall wie der vorstehende darf sich unter keinen Umständen ein zweites Mal ereignen, das fordert das Interesse der Kriegsverletzten, die wahrlich ein besseres Los verdienen, das fordert das eigene Ansehen.

Gegen Dr. v. Koerber. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die deutschradikalen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats so tun, als wollten sie der neuen Regierung Opposition machen. Man hört jetzt, der Grund dafür sei, daß Dr. v. Koerber die Ostronierung der von den Deutschnationalen geforderten innerpolitischen Forderungen (deutsche Staatsprache, Arbeitsverteilung in Östern, Abänderung der Geschäftsordnung des Parlaments und Sonderstellung Galiziens) ablehne, den Neuaufbau des Staates nur mit dem Parlament gemeinsam machen wolle und die Ernährungsfrage vor alles andere stelle.

Die Hindenburg-Zeitungsfrage. Die Verwaltungsstelle der Hindenburgspende“ veröffentlicht ihr Arbeitsprogramm. Danach ist die Errichtung von Kreisamtsstellen in Aussicht genommen. Die Spenden sollen als Zulage lediglich an die Schwerstarbeiter ohne Berücksichtigung der übrigen Bevölkerung und ohne Anrechnung auf die Reichsleistung“ oder Feiertage abgegeben werden. Die Abgabe erfolgt zum Selbstkostenpreis. Eine Kriegsgesellschaft ist an der Organisation nicht beteiligt.

Zur Reichstagswahl in Wien. Die Wählerliste für die Erstagwahl zum Reichstag in Wien, die am 5. Januar stattfinden soll, ist ausgelegt worden. Die Zahl der eingetragenen Wähler beträgt rund 66.500. Die Liste ist in der früheren Weise angefertigt, daher enthält sie auch alle die Personen, die bei der letzten Wahl wahlberechtigt waren, jetzt aber zum Heeresdienst eingezogen sind, sich also an der Wahl nicht beteiligen dürfen. Da keine genauen Angaben über die Zahl der Einberufenen vorliegen, so läßt sich nicht abschätzen, wie hoch die Zahl der Wahlberechtigten in Wirklichkeit ist.

Aus der Partei.

Die „Leipziger Volkszeitung“ als Anführerin des Kriegszustandes.

Wir versetzen kein Geheimnis mit der Mitteilung, daß infolge der Papierverknappung und anderer Kriegszustände der Umfang unseres Blattes geringer geworden ist und daß dieser Umstand nach gleich anderen Blättern zwingt, den einlaufenden Stoff nach Möglichkeit zu konzentrieren. Diese von niemand mehr als uns selber bedauerte Einschränkung wird seit einiger Zeit von der „Leipziger Volkszeitung“ — sie fühlt sich offenbar als Berliner Konkurrenzorgan — zu einem systematisch durchgeführten unläubigen Verdächtigungsmaschine benutzt. Obwohl wir bei allen Fortschritten peinlich bemüht sind, das Unwesentliche und weniger Wichtige zu streichen, sucht man es in Leipzig so burschulisch, als haben wir gerade das aus dem Blatt, was uns unangenehm ist, und verbietet absichtlich unseren Lesern wichtige Dinge. Wie z. B. in einem Parlamentsbericht die Rede eines Arbeitsgemeinschaftlers auch nur um den kleinsten Satz gekürzt, so schreibt die „Leipz. Volkszeitung“, wir hätten den wichtigsten Satz fortgelassen — Arbeitsgemeinschaftler reden offenbar nur „wichtige Sätze“. Daß wir die Redner der Fraktionmehrheit oft viel mehr zusammenfassen, wird absichtlich verschwiegen, der Uneingeweihte soll den Eindruck haben, als verstimmelten wir boshaft die Wählerstimmen, damit unsere Leser nicht erfahren, was sie gesagt hätten. Dabei handelt es sich in jedem

einzelnen Falle um Nebenächlichkeiten, oft auch um Dinge, die an anderer Stelle in derselben Rede oder in der eines Fraktionskollegen wiederkehren.

Ein paar Beispiele, welcher Art die Vorkürze sind. Die „Leipz. Volkszeitung“ weist uns vor, in einer Rede Dittmanns, in der dieser nachzuweisen suchte, daß die Arbeiterklasse sich gegen das Mißdienliche ausgesprochen habe, die von Dittmann einzeln aufgeführten Versammlungs-Beispiele in einen Satz zusammengefaßt zu haben. Was, also der „Vorwärts“ hat Angst, daß Leser etwas von diesen Versammlungen erfahren könnten. Dabei waren diese Versammlungsbeschlüsse nicht nur in der Rede Voglherr's (Nr. 329 des „Vorwärts“) einzeln wiedergegeben, sondern der „Vorwärts“ hatte über die Berliner Metallarbeiterversammlung selber, deren „Verhöhnung“ man uns zum Vorwurf machen will, in Nr. 328 länger als eine Spalte berichtet! Also weil wir nicht den Lesern dreimal dasselbe vortragen wollen, sind wir selbe Fälscher und Verheimlicher!

Jetztzeit der englischen Ministerliste hätte man mit englischen Telegrammen das ganze Blatt füllen können. Wir gaben aus einem Artikel des Liberalen W. A. S. in der „Nation“ den wichtigsten Satz wieder, der einen Sieg der gemäßigten Partei prophezeit, alles andere ließen wir fort, darunter auch eine Betrachtung darüber, daß es in England eine Partei fanatischer Kriegshörer und eine gemäßigte Partei namentlich im Heere gäbe. Was macht man in Leipzig daraus: Wir hätten die beiden letzten Sätze (die von den gemäßigten Gefährten des Heeres handelten) schamhaft verschwiegen. Das soll so aussehen, als unterrichteten wir unsere Leser einseitig über die Stimmung in England.

Die „Leipziger Volkszeitung“, die so gerne die Wahrheit als Kugelhahn des Belagerungszustandes hinstellt, behauptet also selber die unvermeidlichen Mißstände der Kriegszeit zu unläubigen Konfuzienmandanten, indem sie notwendige Konzentration als absichtliche Fälschung hinzustellen sucht. Unsere Beispiele werden dem Leser genügen, um zu beurteilen, wer fälscht. Sie werden es auch verstehen, wenn wir uns mit dieser einmaligen Feststellung begnügen und uns jedes Eingehen auf etwaige künftige Verdächtigungen ersparen, die den Isthmus und für wichtigere Dinge notwendigen Raum nur noch mehr einschränken würden, mit der Folge, daß Leipzig neues „Material“ hätte!

Der Bremer Parteikonvent ist nun bei der Ausübung angelangt, welche die Beitragsverweigerer mit ihrem Beschluß heraufbeschworen haben. Aus der gestern mitgeteilten Erklärung des Parteivorstandes und aus dem Verbot einzelner Redakteure des Blattes in der Frage der Beitragsperre sind auch unerschütterlich die entsprechenden Forderungen gezogen worden. In der Nummer vom 8. Dezember veröffentlicht der Verlag der „Br. V.“ folgenden Beschluß:

1. Die Propagierung der Beitragsperre und Organisationen, die sie betreiben, sind von der Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung“ zu bekämpfen.
2. Das Blatt darf nicht zur Förderung der Parteierzierung mißbraucht werden; es muß vielmehr der Parteieinheit dienen.
3. Die Verantwortung für die Haltung des Blattes wird dem Redakteur Donath übertragen, der in die politische Redaktion übertritt.
4. Auf die weitere Tätigkeit des Redakteurs Kries, der offen für Beitragsperre und die Parteispaltung eingetreten ist, wird verzichtet. Das Gehalt wird bis Ende März 1917 weiterbezahlt.

Wir geben gestern eine Bemerkung der Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung“ wieder, die an eine Erklärung des abgedankten Parteivorstandes von Bremen angehängt war und etwa betonte, daß die Redaktion es als ihre heilige Pflicht ansehe, gegen die Parteierzierung der Partei durch Beitragsperre usw. zu kämpfen. Dazu lesen wir heute in der „Bürger-Zeitung“ folgende drei Erklärungen:

Von der Redaktion, zu der auch ich gehöre, sind gestern im Anschluß an den Anruf des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins Bremen einige Bemerkungen gemacht, die mir erst nach Redaktionsschluss zu Gesicht gekommen sind. Nicht nur, weil sie im wesentlichen irrtümlich sind, sondern vor allem auch aus grundsätzlichen Rücksichten erlaube ich, daß ich die Verantwortung für die Bemerkungen zu tragen nicht in der Lage bin.

Auch ich habe zu erklären, daß ich mich den in den erwähnten Bemerkungen zum Ausdruck gekommenen Auffassungen nicht anschließende kann.

Für die betreffenden Bemerkungen an den Anruf des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins Bremen trage natürlich ich die Verantwortung.

Daraus scheint hervorzugehen, daß Henke und Holzmeier nicht gelassen sind, die Parteierzierung und Beitragsperre grundsätzlich zu bekämpfen.

Eine Konferenz sozialdemokratischer Frauen Württembergs, die aus allen größeren Städten des Landes besucht war, befaßte sich mit den Fragen der Frauenorganisation und Kriegsvorbereitung. Es wurde berichtet, daß auf dem Gebiete der Reichsleistung löstend Arbeit in einigen Städten erfreuliche Ergebnisse erzielt wurden. Am die Frauenorganisation ist es nicht günstig bestellt, da die schweren Sorgen der Arbeiterfrauen die Parteiarbeit erschweren. Dem Landesvorstand wurde nahegelegt, der Frauenorganisation die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die riesig anwachsende Frauenarbeit in der Industrie, selbst bei den schwersten Arbeiten, lasse die Wiederinkaufung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Frauen dringend geboten erscheinen. Auch zur Haltung der Gleichheit“ wurde Stellung genommen und in einer einstimmig beschlossenen Resolution an den Parteivorstand das Verlangen gerichtet, dafür zu sorgen, daß der Parteimehrheit in der „Gleichheit“ der ihr zustehende Raum gesichert werde. Sollte die Gleichheit“ auch weiterhin die Parteimehrheit erschweren, so müßte den Genossinnen empfohlen werden, anstelle der „Gleichheit“ die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ zu lesen. Für die Betätigung der Genossinnen im Interesse der Kriegesfamilien wurden auf der Konferenz zahlreiche praktische Winke gegeben.

Sozialdemokratische Wahlsieger in Norwegen. I. K. Nach ihren großen Erfolgen bei den Gemeindevahlen auf dem platten Lande hat die norwegische Sozialdemokratie nun auch in den Städten glänzend abgeschnitten. In vielen Städten hat die Arbeiterklasse die Mehrheit erobert. In einer noch größeren Zahl von Städten ist sie die stärkste Partei geworden, wie z. B. in Stavanger, Trondheim und Bergen. Auch in der Hauptstadt hat die Sozialdemokratie sehr gut abgeschnitten. Nach einer energischen Wahlkollation konnte sie sechs Mandate erobern. Sie zählt jetzt im Stadtvorordnetenkollegium Kristiania 41 Mitglieder, während die Rechte 35, die Linke 5 und die Radikalen 3 Vertreter im Kollegium fanden.

IK. Sozialistische Fortschritte bei den amerikanischen Wahlen. Erst jetzt kommen zuverlässige Nachrichten über das Ergebnis der amerikanischen Wahlen. Von der Kandidat der sozialistischen Partei, erhielt 1.200.000 Stimmen, d. h. 200.000 mehr als der frühere Kandidat Debs. Die Stimmenzunahme der bürgerlichen Kandidaten war jedoch unergiebig größer, so daß von einem sozialistischen Erfolg hierbei kaum gesprochen werden kann, zumal da über drei Millionen neue Wähler, meist Frauen, diesmal zur Urne schritten.

Als Kongreßmitglied wurde Mayer-London in New York wiedergewählt, während die Wahl Morris Hillquitts noch nicht entschieden ist. In Milwaukee gelang es der Partei, den verlorengegangenen Bürgermeisterposten wieder zu besetzen. Dan Loar wurde gewählt und damit ging auch die ganze Stadtverwaltung in die Hände der sozialistischen Partei über.

Vom Groß-Berliner Wohnungsmarkt.

Aus der Wohnungszählung, die am 15. Mai 1916 in Groß-Berlin einheitlich durchgeführt wurde, hat das preussische Statistische Landesamt jetzt durch die „Statistische Correspondenz“ eine die Hauptergebnisse bietende Heberzählung veröffentlicht. Zweck der Zählung war, die Zahl der leerstehenden Wohnungen zu ermitteln, um über die Lage des Wohnungsmarktes in Groß-Berlin ein Urteil gewinnen zu können.

Die Zählung erstreckte sich auf Berlin und 45 Vororte, ein Gebiet, das in Westrichtung von Spandau bis Friedrichshagen und Köpenick, in Nord-Südrichtung von Darnsdorf und Buchholz bis Teltow und Lichterwade reicht und bei der Personenaufnahme vom Oktober o. J. eine Gesamtbevölkerung von 3.816.853 Einwohnern hatte. In dem so umgrenzten Groß-Berlin wurden im Mai d. J. insgesamt 1.132.927 Wohnungen gezählt, darunter 1.068.802 ohne Gewerberäume und 79.025 mit Gewerberäumen. Das ganze in seinen Teilen sehr ungleichartige Gebiet kann zerlegt werden in: Berlin allein mit 1.068.768 Einwohnern und 602.002 Wohnungen, Vororte des Westens und Südwestens mit 850.454 Einwohnern und 250.485 Wohnungen, Vororte des Südens und Südostens mit 497.470 Einwohnern und 143.213 Wohnungen, Vororte des Ostens und Nordostens mit 244.233 Einwohnern und 62.134 Wohnungen, Vororte des Nordens und Nordwestens mit 251.640 Einwohnern und 73.643 Wohnungen.

Von den Wohnungen mit Gewerberäumen, die für Groß-Berlin und 7 Vor. des gesamten Wohnungsbestandes ausmachen, entfielen auf Berlin 42.842, auf die Vororte des Westens-Südwestens 17.303, des Südens-Südostens 6523, des Ostens-Nordostens 4232, des Nordens-Nordwestens 5035. Der Anteil dieser Wohnungen an dem gesamten Wohnungsbestand der betreffenden Teilgebiete ist ungleich hoch, am höchsten in Berlin mit 7,1 Proz., etwas geringer im Westen-Südwesten mit 6,9 Proz., noch geringer im Osten-Nordosten mit 6,8 Proz. und im Norden-Nordwesten mit 6,8 Proz., am geringsten im Süden-Südosten mit 6,5 Proz. Für den Westen-Südwesten gaben den Ausschlag offenbar nicht die Werkstätten und Fabriken, sondern die Ladenlokale.

Die Gliederung des Wohnungsbestandes nach Größenklasse zeigt das bekannte Bild, wie es sich bei einer Gliederung der Bevölkerungsmasse nach dem Einkommen bietet. In dem ganzen Gebiet Groß-Berlin wurden gezählt 831.215 kleine Wohnungen (73 1/2 Proz.) gegenüber 225.222 mittleren (20 Proz.) und nur 75.890 großen (nur 6 1/2 Proz.). Dabei sind gerechnet als kleine Wohnungen 24.025 mit keinem Zimmer (bestehend aus Küche und Kammer oder nur aus Küche oder nur aus Kammer), 389.508 mit einem Zimmer, 412.784 mit zwei Zimmern, als mittlere Wohnungen 150.000 mit drei Zimmern, 65.322 mit vier Zimmern, als große Wohnungen 34.526 mit fünf Zimmern, 18.223 mit sechs, 10.008 mit sieben, 12.645 mit mehr Zimmern. Besonders hoch ist die Anteilziffer der großen Wohnungen in den Vororten des Westens und Südostens, andererseits die der kleinen Wohnungen in den Vororten des Ostens, Nordostens und Nordens. Berlin bildet in dieser Hinsicht etwa die Mitte zwischen ihnen und drüben, Westen und Südwesten hatten nur 29 Proz. aller Wohnungen Groß-Berlins, aber 35 Proz. aller mittleren und gar 67 Proz. aller großen.

Für die Lage des Wohnungsmarktes ist wichtig die Zählung der leerstehenden Wohnungen. Am 15. Mai 1916 wurden in Groß-Berlin als leerstehend gezählt 61.770 Wohnungen, darunter 51.161 ohne Gewerberäume und 10.609 mit Gewerberäumen. Gegenüber dem gesamten Wohnungsbestand waren die Leerwohnungen 5,5 Proz., im besonderen bei den Wohnungen ohne Gewerberäume 4,9 Proz., bei den Wohnungen mit Gewerberäumen 13,4 Proz. Von den Wohnungen mit Gewerberäumen wird man vielleicht besser in die-Vertragung setzen, weil sie für die allgemeine Lage des Wohnungsmarktes von geringerer Bedeutung sind. Wenn sie leerstehen, so ist das für die Hauseigentümer besonders schmerzlich, weil dann die Mietanstelle besonders hoch sind. Aber den Wohnungssucher, der eine Wohnung ohne Gewerberaum braucht, kann ein reichliches Angebot von Wohnungen mit Gewerberäumen nicht glücklich machen.

Ebenso wenig kann dem, der nach Maßgabe seines mageren Gehaltens sich mit einer kleinen Wohnung begnügen muß, ein Heberfluß leerstehender großer Wohnungen nützen. Selber liegen zurecht die Verhältnisse tatsächlich so, daß die Riffer des Anteil leerstehender Wohnungen bei den kleinen Wohnungen geringer als bei den mittleren und bei diesen geringer als bei den großen ist. In Groß-Berlin waren unter den 51.161 leerstehenden von den 1.068.802 Wohnungen ohne Gewerberaum: 1160 von 19.087 mit keinem Zimmer, 18.891 von 804.854 mit einem Zimmer, 12.104 von 383.116 mit zwei Zimmern, zusammen 32.155 leerstehende von 787.987 kleinen Wohnungen, sodann 7760 von 150.025 mit drei Zimmern, 4504 von 61.556 mit vier Zimmern, zusammen 12.284 leerstehende von 211.681 mittleren Wohnungen, weiterhin 3034 von 33.784 mit fünf Zimmern, 1740 von 17.754 mit sechs, 1015 von 9355 mit sieben, 693 von 12.241 mit mehr Zimmern, zusammen 6722 leerstehende von 73.634 großen Wohnungen. Hiernach war für Groß-Berlin die Riffer des Anteils der Leerwohnungen an den Wohnungen mit keinem Zimmer 6,8 Proz., mit einem Zimmer 5,2 Proz., mit zwei Zimmern nur 3,2 Proz., im ganzen an den kleinen Wohnungen 4,2 Proz., ferner an den Wohnungen mit drei Zimmern 5,2 Proz., mit vier Zimmern 7,3 Proz., im ganzen an den mittleren Wohnungen 5,8 Proz., weiter an den Wohnungen mit fünf Zimmern 9 Proz., mit sechs Zimmern 9,8 Proz., mit sieben Zimmern 10,3 Proz., mit mehr Zimmern 7,0 Proz., im ganzen an den großen Wohnungen 9,1 Proz.

Die Vorortgebiete haben eine viel geringere Leerwohnungsrate als Berlin: sie ist für alle Wohnungen ohne Gewerberäume in Berlin 6 Proz., aber im Westen-Südwesten 8,8 Proz., im Süden-Südosten 3,3 Proz., im Osten-Nordosten 4,6 Proz., im Norden-Nordwesten 8,1 Proz. Die Erscheinung, daß der Anteil leerstehender Wohnungen bei den Kleinwohnungen am geringsten ist, kehrt in allen Teilgebieten Groß-Berlins wieder. Heberall haben die Zweizimmerwohnungen die niedrigste Leerwohnungsrate: in Berlin 4,3 Proz., Westen-Südwesten nur 1,5 Proz., Süden-Südosten 2,2 Proz., Osten-Nordosten 3,3 Proz., Norden-Nordwesten nur 1,9 Proz. Es folgen dann die Einzimmerwohnungen mit gleichfalls noch recht niedriger Leerwohnungsrate: in Berlin 6 Proz., Westen-Südwesten nur 1,9 Proz., Süden-Südosten 4,1 Proz., Osten-Nordosten 5,4 Proz., Norden-Nordwesten 8,6 Proz. Auffällig niedrig sind die Leerwohnungsrate der kleinen Wohnungen im Westen-Südwesten, nachdem im Norden-Nordwesten.

Knappheit an Kleinwohnungen ist das Kennzeichen für den Groß-Berliner Wohnungsmarkt. Welchen Einfluß dabei die Kriegszeit gehabt hat und noch weiter haben kann, läßt sich nach der Zählung von 1916 nicht beurteilen. Leider war diese für Groß-Berlin einheitlich durchgeführte Zählung die erste ihrer Art, so daß Vergleichen mit Ergebnissen aus Vorjahren für das ganze Gebiet nicht möglich sind. Wo aber für einzelne Gemeinden die Ergebnisse früherer Zählungen zur Veranschaulichung herangezogen werden können, ist das Ergebnis keineswegs erfreulich. Für Berlin wurde im „Vorwärts“ bereits gezeigt, daß hier von 1914 zu 1916 infolge des Stillstandes der Bauaktivität und einer zu vermuten den Abwanderung aus kleineren Wohnungsklassen in münder leere die leerstehenden Kleinwohnungen unangenehm sich gemindert haben, und für Charlottenburg läßt sich eine ähnliche Entwicklung nachweisen.

Die Bereitstellung eines ausreichenden Vorrats verfügbarer Kleinwohnungen für die erste Zeit nach dem Kriege, die uns wahrscheinlich eine rasche Steigerung der Nachfrage nach solchen Wohnungen bringen wird, ist eine dringende Aufgabe. Eine Wohnungsnote, wie sie nach dem Kriege von 1870/71 über die minderbemittelte Bevölkerung Berlins und der nächsten Vororte herüberbrachte, darf sich nicht wiederholen.

Soziales.

Unterernährung der Mütter und Gewicht der Neugeborenen.

Die so sehr aktuelle Frage, ob Unterernährung der Mütter das Gewicht der neugeborenen Kinder beeinträchtigt, ist in letzter Zeit von verschiedenen ärztlichen Seiten in verschiedenem Sinne beantwortet worden. Dr. H. Lichitz, Assistent an der Universitätsklinik in Jena veröffentlicht in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ ein Zahlenmaterial, das gleichfalls diese Anschauung bestätigt. Er stellt dort die Gewichte der in der Klinik Geborenen aus dem Jahresjahre 1913 und aus dem Kriegsjahre 1. September 1915 bis 31. August 1916 einander gegenüber und kommt zu folgenden Resultaten. Es hatten bei der Geburt ein durchschnittliches Gewicht in Gramm die

	Rinder von Hauschwangeren	Einzelgeburten	Wahrgewicht der ersten
Erstgeburten:			
1913	3181	3143	+ 38
1915/16	3824	3150	+ 174
Mehrgeburten:			
1913	3379	3282	+ 117
1915/16	3387	3176	+ 211

Es hat also von 1913 bis 1915/16 keine Verringerung, sondern sogar eine Zunahme des Säuglingsgewichts stattgefunden, obwohl doch die Ernährung zweifellos schlechter geworden ist. Andererseits weisen die Kinder der Hauschwangeren (das sind Frauen und Mädchen, die 4-6 Wochen vor der Entbindung in die Klinik kommen und dort gegen Hausarbeit sechs Unterlumpf haben) durchschnittlich ein ziemlich bedeutendes Mehrgewicht gegenüber den Kindern der erst zur Geburt eingelieferten Frauen auf, obwohl letztere häufig besser ernährt waren. Dr. Lichitz führt dies auf die bedeutend schwerere Arbeit, die diese Frauen im allgemeinen zu leisten haben, zurück.

Sichtlich der Ernährung der Mütter müßte man also nach diesen und anderen in letzter Zeit veröffentlichten Statistiken annehmen, daß sie für das Gewicht der Kinder ohne Bedeutung sei. Ganz falsch und für die Zukunft unserer Volksgesundheit von verhängnisvoller Bedeutung wäre es aber, daraus den Schluß zu ziehen, daß es demnach gleichgültig wäre, ob wir unsere schwangeren Frauen gut ernähren oder nicht. Tatsächlich ist dieser Trugschluß von einigen Müttern in letzter Zeit gezogen und damit eine bessere Schwangerenernährung bekämpft worden. Dagegen ist zunächst einzuwenden, daß Gewicht und Gesundheit des Neugeborenen noch nicht gleichbedeutend sind; ein mageres, fehnährtes Kind kann unter Umständen widerstandsfähiger sein als ein anderes.

Dann aber und vor allem: da das Kind auf Kosten der Mutter lebt, so entzieht es das, was es zum Aufbau seines Körpers braucht, rücksichtslos dem mütterlichen Organismus und macht diese entsprechend ärmer. Wird der Verlust der Mutter nicht in Form ausreichender Nahrung wieder ersetzt, dann leidet die Frau schweren Schaden an ihrer Gesundheit, die Untergrabung der Volkskraft würde die unaussprechliche Folge eines solchen kurzfristigen und unsozialen Vorgehens sein.

Die Abrechnung mit dem Kellner.

Ein Kellner, der bei der Eisenbahn-Spesswagen-Gesellschaft beschäftigt war, hatte als Kaution ein auf 50 M. lautendes Sparfahnenbuch bei der Firma hinterlegt. Bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses verweigerte die Firma die Herausgabe des Sparfahnenbuches, weil sie von dem Kellner die Zahlung von 14,50 M. beanspruchte. Dienen Betrag soll der Kellner der Firma schulden für Speisen, die er aus der Küche entnommen, an Wäste verabreicht, an der Kasse aber nicht bezahlt haben soll.

Der Kellner klagte beim Gewerbegericht auf Herausgabe seines Sparfahnenbuches. Er behauptet, die Firma etwas zu schulden und bezweifelt sich darauf, daß er für jede Speise, die er aus der Küche entnahm, einen Bon abgeben mußte und die Bona sämtlich ordnungsmäßig verrechnet worden seien. Der Vertreter der Beklagten meinte dagegen, es komme vor, daß Kellner und Küchenchef gemeinsame Sache machen, um die Firma in der Weise zu betrügen, daß der Küchenchef dem vom Kellner erhaltenen Bon verheimlicht und infolgedessen der auf dem Bon verzeichnete Betrag dem Kellner verbleibt. Bei den monatlichen Abrechnungen, bei denen die Bona über der Kellner mit dem Rechnungsbuch verglichen werden, würden derartige Differenzen entdeckt — die allerdings nicht immer auf Betrug, sondern auch auf Sammelkäse des Kellners zurückzuführen seien — und mit dem Kellner verrechnet.

In der Verhandlung stellte sich heraus, daß die Abrechnung für Oktober mit dem Kläger bereits erfolgt war und die Differenzen beseitigt worden sind. Bei der späteren Entlassung des Klägers hat dann die Firma auch eine weitere Differenz für den Monat Oktober, die sich erst nach der Abrechnung herausgestellt haben soll, dem Kläger gegenüber geltend gemacht. Das ist der streitige Betrag von 14,50 M.

Das Gericht verurteilte die beklagte Firma zur Herausgabe des Sparfahnenbuches. Das Urteil wurde so begründet: An sich ist der Kläger für Differenzen, die durch sein Verschulden entstanden sind, haftbar. Aber, nachdem für Oktober mit dem Kläger abgerechnet und die Differenz bezahlt war, durfte die Beklagte nicht nachträglich nochmals eine Forderung aus dem Monat Oktober geltend machen. Nach Treu und Glauben mußte der Kläger annehmen, daß mit der Abrechnung alle Forderungen, welche die Firma an ihn hatte, endgültig festgestellt sind.

Die „verschließbare“ Wandaube.

Nach einer Bestimmung des Bauordnungsamtes soll den Arbeitern zum Schutz ihrer Kleider gegen Witterungseinflüsse und Diebstahl eine verschließbare Wandaube zur Verfügung gestellt werden. Um diese Bestimmung durchsichtig zu machen, hat die Kammer 3 des Gewerbegerichts. Der Kläger, der bei der Firma Habermann u. Co. auf dem Bau der Untergrundbahn am Kollndorfsplatz beschäftigt war, beanspruchte von der Firma 24 M. Schadenersatz für ein Paar Schwertschlüssel, die ihm aus der Wandaube gestohlen worden sind. Die Tür der Wandaube hatte zwar ein Schloss, aber es war kein Schlüssel vorhanden. Deshalb hielt der Kläger die Schadenersatzpflicht der Firma für gegeben. — Das Gericht wies jedoch die Klage ab mit der Begründung, es liege ein gewisses Verschulden des Klägers insofern vor, als er seine Schlüssel in der Wandaube aufbewahrt, abgesehen davon, daß ein Schlüssel nicht vorhanden war. Selbst wenn ein Schlüssel vorhanden gewesen wäre, so würde — wie festgestellt wurde — nach dem herrschenden Brauch der Schlüssel neben die verschlossene Tür gehängt werden, also eine Sicherung gegen Diebstahl nicht gegeben sein, wofür aber die Firma nicht verantwortlich gemacht werden könne, denn für die sichere Aufbewahrung des Schlüssels müßten die Beamten der Wandaube sorgen.

Beamtenzulagen in Oesterreich.

Nach einer Wiener Zeitungsmeldung sollen die Staatsbediensteten im Dezember eine Ankaufszulage und vom Neujahr ab eine Feuerungszulage erhalten, die für die höheren Beamten 80 Proz., für die niederen Beamten 50 Proz. des Gehalts betragen werde.

Gerichtszeitung.

Fahrlässige Uebertretung der Preiswuchervorschriften.

Die Forderung von Preisen, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, einen übermäßigen Gewinn enthalten, ist bekanntlich verboten. Wegen fahrlässiger Uebertretung dieser Vorschriften war Herr Richard vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Der Sachverhalt war nach den Feststellungen des Landgerichts folgender: Herr Richard ist der Geschäftsführer der Berliner Firma Schreiber, die in Groß-Berlin 43 Milien hat. Er war hauptsächlich im Hauptgeschäft, in der Zentralstraße, tätig; er hatte den Einkauf, die Kontrolle der Güter, die Abrechnung mit der Butterverarbeitungsstelle und vieles mehr zu erledigen. Im selben Hause, wo die Zentrale sich befindet, ist auch eine Verkaufsstelle der Firma, der eine Filialleiterin vorsteht. Hier waren nun eines Tages in Abwesenheit des Herrn Richard 95 Pfund Hartweizenmehl eingegangen, die ein Vertreter der Firma in einem Hafenort einem schwedischen Schiffskapitän zu einem Preise von 10 Pf. für das Pfund abgekauft hatte, so daß der Firma das Pfund 10 Pf. Berlin auf 95 Pf. zu stehen kam. Der Verkaufspreis wurde in Abwesenheit des Herrn Richard auf 1,20 M. festgesetzt und so in die Preisliste eingetragen. Als Herr Richard am nächsten Morgen in der Verkaufsstelle erschien, um zu sehen, was vorgehe, bemerkte er die inzwischen bereitgestellten Listen mit Hartweizenmehl und erklärte sofort, als er die Preisverhältnisse erfuhr: Das Mehl darf nicht verkauft werden, es muß aus dem Laden; ich werde mich erst bei der Preisprüfstelle erkundigen. — Er jagte das Mehl los.

Darauf begab er sich gleich zur Preisprüfstelle, wo die Genehmigung des Verkaufs des teuren Hartweizenmehls nicht erteilt wurde, weil der normale Preis für Hartweizenmehl 35 Pf. pro Pfund wäre. Als er wieder ins Geschäft kam, befand sich trotz seines Befehls vom Morgen das Mehl noch im Laden; es wurde erst beim hinausgeschafft. Während seines Ganges zur Preisprüfstelle war aber auch schon durch eine Verkäuferin ein Pfund Hartweizenmehl für 1,20 M. verkauft worden. Auch war in der Zwischenzeit der Preis nicht von der vorgeschriebenen Preisliste gelöscht worden. Für jenen Verkauf wurde neben der Verkäuferin auch er auf Grund der zitierten Bundesratsvorschrift strafrechtlich verantwortlich gemacht. Seine Verurteilung begründete die Strafkammer dahin:

Der Tatbestand der Vorschrift über die übermäßigen Gewinne liegt hier aus folgenden Gründen vor. Unter normalen Verhältnissen und bei normalen Einkaufspreisen sei bei Kolonialwaren ein Aufschlag von 20 Proz. üblich. Das dürfte aber nicht gelten bei einem ungeunden Einkaufspreis, wie er von der Firma dem schwedischen Kapitän gekauft worden sei. Bei einem solchen ungeunden hohen Einkaufspreis dürfte der Aufschlag nur ganz wenig Prozent betragen, so daß nur ein ganz geringer Gewinn zu heraussomme. Der Aufschlag von etwas mehr als 20 Prozent stelle deshalb hier einen übermäßig hohen Gewinn dar. Aber er sei auch wegen Fahrlässigkeit strafrechtlich verantwortlich. Ehe er zur Preisprüfstelle ging, hätte er selber kontrollieren müssen, ob das Mehl aus dem Laden geschafft wurde. Ganz besonders aber hätte er gleich darauf achten müssen, daß der Preis aus der Preisliste entfernt wurde. Denn solange der Preis auf der Preisliste stand, und solange zugleich das Mehl noch vorhanden war, hätte ja nach der Verordnung über die Preisprüfstellen vom 23. September 1915 das Mehl auf Verlangen von Käufern an diese abgegeben werden müssen. Somit sei er wegen Fahrlässigkeit zu verurteilen.

Das Kammergericht verwarf die von dem Angeklagten erhobene Revision als unbegründet. Der Schrift der Fahrlässigkeit sei nicht verkannt. Nun hätte ja das Landgericht etwas weniger strenge Anforderungen an die vom Angeklagten zu verlangende Vorsicht stellen können. Das sei aber lediglich eine Frage, die dem Kammergericht als Revisionsinstanz entzogen sei.

Der Sittlichkeitsprediger in der Friedrichstraße.

Der Sittlichkeitsprediger des Schöffengerichts Berlin-Mitte bot heute einen etwas sonderbaren Anblick dar. Auf der Anklagebank saß der 70jährige Pastor Sig. Otto Wuttig. Der Geistliche ist seines geistlichen Zustandes wegen nicht mehr im Amt, seit einiger Zeit ist er in den Dienst der Berliner Stadtmission getreten. In der Nacht vom 25. zum 26. September 1916 zwischen 12 und 1 Uhr teilte Pastor Wuttig an der Ecke der Leipziger- und Friedrichstraße Flugblätter mit der Ueberschrift „Das Schicksal Deutschlands“ aus. Einige vorübergehende junge Leute nahmen wohl willig die unentgeltlich verteilten Flugblätter in Empfang, machten aber etwas höhnische Bemerkungen. Der Pastor war deshalb bemüht, den Leuten den Inhalt des Flugblattes, in dem die Sittlichkeit und Keuschheit während des Krieges empfohlen wurde, zu erläutern. Dies hatte zur Folge, daß sich sehr bald zahlreiche Menschen um ihn scharten. In diesem Augenblick lautete der Schuttmann laut auf. Dieser forderte den Pastor auf, seine Rede abzugeben und weiter zu gehen. Pastor Wuttig erklärte dem Vertreter der Obrigkeit: er werde lediglich dem Befehle Folge leisten, er müsse aber erst seine Flugblätter zusammenpacken. Der Beamte packte darauf den Pastor an der Brust und verlegte ihm einen Stoß, so daß er zur Erde fiel. Nachdem er sich wieder erhoben hatte, wünschte er die Nummer des Schuttmanns zu wissen. Der Schuttmann ließ den Geistlichen von neuem so, daß dieser taumelte. Dann nahm er ihn am Arm und führte ihn zur Wache. Nach Feststellung der Personallisten wurde er entlassen. Es wurde Anzeige erstattet und Pastor Wuttig hatte sich wegen ruhestörender Worte, Herabwürdigung eines Menschenanstands und unbefugter Flugblattverteilung vor einmündigen beheimateten Gerichtshof zu verantworten. Der Angeklagte beteuerte: Die Erregung ruhestörender Worte habe ihm ferngelegen. Er habe nicht eine laute Predigt gehalten, sondern den jungen Leuten nur den Inhalt des Flugblattes erläutert. Er sei auch gar nicht umfielend, so laut zu sprechen, daß dadurch die Nachruhe gefährdet wurde. Er wollte lediglich dem Befehle des Schuttmanns Folge leisten; jedenfalls habe dieser keine Befehle gegeben, ihn zu stoßen. Er habe auch eine vollständige Gelandnis zum Verteilen der Flugblätter. — Schuttmann hat belandete darauf als Zeuge: Die Predigt des Angeklagten sei irreführend geblieben, so daß ein großer Aufruhr entstanden sei. Er war daher genötigt, den Angeklagten aufzufordern, das Predigen zu unterlassen und sich zu entfernen. Da der Angeklagte diesen Befehlen nicht entspreche, und sich auch geschraubt habe, ihn zur Wache zu folgen, mußte er ihn anfallen. — Drei Jungen bestätigten die Angaben des Angeklagten. Sie haben sich über die Behandlung des Angeklagten so geäußert, daß sie sich freiwillig als Zeugen angeboten haben. — Staatsanwalt Dr. Wolff führte aus: Das Vorkommnis sei ja sehr bedauerlich. Der Schuttmann hatte aber nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, wie geschehen, zu handeln. Er mußte dafür sorgen, daß im verkehrsreichen Teile Berlins zur Mitternachtsstunde die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gefährdet werde. Es empfehle sich aber die denkbar größte Milde, er beantrage 10 M. Geldstrafe. Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Geh. Justizrat Kaden: Der Gerichtshof hat auf Freisprechung des Angeklagten erkannt. Der Gerichtshof hat die Uebertretung angenommen, daß der Angeklagte, der zur Verteilung der Flugblätter berechtigt war, die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gefährdet hat. Der Schuttmann wäre verpflichtet gewesen, zu sehen, was er vor sich habe. Es ist eine Verfügung erlassen worden, wonach den Schuttmann zur Pflicht gemacht wird, sich dem Publikum gegenüber angemessen und höflich zu benehmen. Zusammenfassend nach Möglichkeit zu vermeiden und nicht jedes Vorkommnis zur Anzeige zu bringen. Gätte der Beamte diesen Befehl beachtet, wäre er weniger nervös gewesen, sondern sich angemessen benommen, dann wäre das Vorkommnis vermieden worden.

Das Unglück auf dem Grundstück Jagowstraße 34.

Das Unglück auf dem Grundstück Jagowstraße 34, das sich am 14. Juni d. J. ereignete und bei dem von einer zusammenhängenden Mauer zwei stehende Säulen erschlagen wurden, während zwei andere schwere Verletzungen davontrugen, beschäftigte

gestern die I. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Splittköpfer. Die Anklage lautete auf fahrlässige Tötung sowie Körperverletzung und richtete sich gegen den Maurer Max Müllers. An dem genannten Tage stürzte auf dem erwähnten Grundstück eine unmittelbar an der Straße stehende, etwa 4 Meter hohe, 8,5 Meter lange und ein Stein starke Mauer, die den Giebel eines bereits abgetragenen Schuppens gebildet hatte, nach der Straße zu ein. Auf dieser, und zwar in der Nähe der Mauer spielten plötzlich unglücklicherweise gerade mehrere Kinder. Von den herabstürzenden Steinen wurden infolgedessen die neunjährigen Schülertinnen Ema und Anna Noak getroffen, die beide ziemlich erhebliche Verletzungen wie Schenkel- und Hieserbrüche davontrugen. Die 13jährige Ema Noak und deren Schwester, die 15 Monate alte Gertrud N. kamen dagegen glücklicherweise davon. Sie erlitten so schwere Schädelverletzungen und sonstige Verletzungen, daß sie auf der Stelle den Tod erlitten. Wie die Feststellungen ergaben, war der höchst bedauerliche Unfall dadurch entstanden, daß auf dem Hintergebäude Ausladungsgardien vorhanden und die Arbeiter verbots- und regelwidrig die ausgehobenen Erdmassen an die Angliedsmauer herangebracht hatten und diese dem großen Druck nicht standhielt. Als Schuldiger wurde der Angeklagte angesehen, der als Poller auf dem Bau tätig war und die Aufsicht zu führen hatte, die nötige Aufmerksamkeit aber außer acht gelassen haben sollte. Er bestritt seine Verantwortlichkeit, jedoch hielt ihn der Staatsanwalt für schuldig und beantragte 4 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 3 Monate Gefängnis.

Kein Gehalt, aber Prügel. Nebel mitgeschleppt wurde einem

älteren Handlungsgehilfen, der vor dem Berliner Kaufmannsgericht gegen den Kaufmann Franz Schläpfer Klage auf Zahlung von 168 M. rückständigen Gehalts erhob. Er hatte den Kläger Bernhard D. für sein Bureau mit einem Monatsgehalt von 200 M. engagiert, zahlte aber das Gehalt nur auf vielfaches Drängen, und zwar ratenweise. Der Beamte blieb darauf in Bezug, daß am 1. September nach nicht der Rest des im August fällig gewordenen Betrages bezahlt war. Der Kläger besorgte sich schließlich Anfang September im Einvernehmen mit dem Beklagten eine andere Stellung, kam aber dadurch, daß letzterer ihm die rückständigen 168 M. nicht auszahlte, in schwere Bedrängnis. Er zog den etwa 50jährigen Mann, der mit seiner Familie Hunger litt, direkt an der Nase herum, indem er ihn bald in sein Bureau, bald in eine Kognakstube bestellte, ihn aber jedesmal im Stiche ließ. Die Kollage des Klägers wurde so groß, daß Pfändungen wegen rückständiger Miete und Steuern bevorstehen, und kein Pfennig Brot mehr im Hause war. In dieser Not entschloß sich D. seinen früheren Arbeitgeber in seiner in Stellig belagerten Wohnung anzuftuchen. Während die Ehefrau des Beklagten die Tür öffnete, stand dieser im dunklen Korridor hinter der Tür, und verlegte von dort aus heimlich dem um sein verdienten Gehalt bittenden Gehilfen einen wichtigen Schlag ins Gesicht und warf unmittelbar darauf die Treppen hinuntergefallen wäre, hat heute noch unter den Nachwirkungen der Mißhandlung zu leiden. In der Verhandlung erkannte der Beklagte die Forderung an, so daß gegen ihn Anerkennungsurteil in voller Höhe erging. Einmalige Ansprüche wegen der Gesundheitschädigung behielt sich der Angeklagte vor.

Ein mildes Urteil gegen Milchpantoffler. Mit durchschnittlich

50 Proz. Wasser hatten der Kollereibesitzer Max Mann, seine Ehefrau und Tochter täglich die von ihnen gekaufte Milch „gekollert“. Sie hatten sich deshalb vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Prof. Dr. Juckendath, die in den entnommenen Milchproben einen Wassergehalt von 40 bis zu 78 Proz. festgestellt. Außerdem ergab sich, daß in dem Betrieb der Angeklagten die Milch entrahmt und die so entsetzte Milch in die frische Milch gegossen wurde. Da die Angeklagten von ihren 19 Kühen im Stall täglich etwa 160 Liter Milch gewannen und mit etwa 50 Proz. Wasser verdünnten, so ergibt sich, daß sie an jedem Tage 80 Liter Wasser „verarbeiteten“ und dadurch bei der langen Zeit der Fällung einen nach Tausenden zählenden rechtswidrigen Verdienst gehabt haben. — Der Staatsanwalt beantragte gegen das Ehepaar je 3 Monate Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe, gegen die Tochter 3 Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte gegen die beiden ersten Angeklagten auf je 1 Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, gegen die Tochter auf 100 M. Geldstrafe.

Der zärtliche Borgefichte. Viele Erfahrungen hat mit ihrem

Geschäftsführer die zum Zwecke des Wohnungsanbaus in Döberitz gegründete „Deutsche Zentralgenossenschaft“ gemacht, wie eine Verhandlung vor dem Berliner Kaufmannsgericht ergab. Die beiden ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder Max und Fieder legten zum Geschäftsführer mit einem Gehalt von 4000 M. den früheren Wödelhändler Wipke ein, der recht selbstberätlich schwärmte und waltete konnte. Der als Mägenin antretenden Stenotypistin L. versuchte er sehr bald näher zu treten. Gleich in den ersten Tagen ihrer Tätigkeit durfte er sie, und als das junge Mädchen sein Ersuchen darüber zu erkennen gab, erwiderte er: „Das ist bei uns so üblich, wie sind hier alle Genossen!“. Der Geschäftsführer beharrte bei seiner weitergehenden Auffassung des Genossenschaftswesens, er identete der L. Schicksale und führte sie ins Kino. Später trat dann ein Umschlag ein: die Stenotypistin erlitt die Kündigung, und Wipke drohte ihr, er werde sie die vier Treppen hinunterstürzen. Die Mägenin stellte ihre Tätigkeit ein, benachrichtigte aber gleichzeitig die beiden Vorstandsmitglieder Max und Fieder. — Die Genossenschaft hat den Geschäftsführer seines Postens entbunden. Die Mägenin treffe, so meinte der als Vertreter erscheinende Herr Fieder, insofern auch Wipke, als sie Gehaltsannahme und mit L. ins Theater ging. Dem hielt die Mägenin entgegen, daß es für eine Angestellte schwer sei, Zärtlichkeitskämpfungen des Borgefichten abzuwehren. Sie müsse immer riskieren, ihre Stellung zu verlieren, und Brot schmiede sich. Tatsächlich hat L. ihr bei Beschaffung einer neuen Stellung noch Schwierigkeiten bereitet, indem er sich trotz des Borgefichten erlaubte, eine ungünstige Auskunft über die Mägenin zu erteilen. Auch der Vorsitzende meinte, bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Umstände sei ein junges Mädchen gegenüber den ständigen Anmähmungsveruchen eines älteren Borgefichten ziemlich machtlos. — Der Vertreter der Genossenschaft trug den ganzen Umständen Rechnung, indem er der Mägenin ein gutes Zeugnis erteilte und ihr vergleichsweise 40 M. zahlte, womit sich diese zufrieden gab.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3

Die ersten Kriegsteuern und die Sozialdemokratie

von W. Keil, M. d. R. Preis 2 Mark Vereinsausgabe 1,20 Mk.

Der Verfasser sagt in seinem Vorwort: Die große Bedeutung, die diesen ersten Kriegsteuern zukommt, und die klärende Wirkung, die von den Reichstagsdebatten ausgeht, ließ es angezeigt erscheinen, eine gedrängte Zusammenfassung des ganzen Verlaufs der Steuerkämpfe zu geben. Das wichtigste Tatsachenmaterial, das sich in den Steuerdebatten andrängt, ist in der vorliegenden Schrift zusammengestellt. Der wesentliche Inhalt der neuen Steuergesetze ist wiedergegeben und kritisch beleuchtet. Vor allem aber ist die Haltung geschildert, die die Sozialdemokratie eingenommen hat.

Winter-Paletots von M. 42.— an
 Winter-Ulster von M. 36.— an
 Winter-Joppen von M. 11.— an

M. Schulmeister
 Dresdener Straße 4 Kottbuser Tor
 Ab 1. Okt.: Sonntags 12-2 geöffnet.
 MaBanfertigung zu allerbilligsten Preisen.

Sacco-Anzüge von M. 38.— an
 Rock-Anzüge von M. 54.— an
 Jünglings-Anzüge von M. 29.— an

Cigarren, Cigaretten, Raufabake
 F. Ernst Borch, Klantenstr. 21.
Alkoholf. Getränke
Franz Abraham
 Hank Mevins-u. Kömerfrank-Kell.
 C. 15 Baralstr. 2a, Fernsp. K. 18708
Bade-Anstalten
Neukölln
Central-Bad Anzeigerstr. 23.
Diana-Bad Kopenstr. 89
 sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 3.
Passage-Bad Kottbuser-
 Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Bäder- u. Konditionen
Oskar Hanke's Brotback.
 75 Geschäfte
 in allen Stadtteilen Berlins
 sowie in Neukölln u. Treptow
 Gegründet 1892.

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Bezugsquellen-Verzeichnis.
August Holz 15 Detail-Geschäfte.
Uhly & Wolfram
 Bierbrauerei, Bierhandl.
Brauerei Bötzwil
 empfiehlt
Qualitätsbiere
 ersten Ranges.
C. Habels Brauerei
 hell - Habelbräu - dunkel.
Mönchener Brauhaus
 Berlin und Oranienburg

Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt.
 Palladenstr. 97 Tel. 2381. 2012
Orogen und Farben
 Werder-Druckerei, Bräuleverstr. 3a
Essigfabriken
Timmer-Essig
 überall erhältlich!
Flisch- u. Wurstw.
W. Beck
 Inh.: Herm. Gerbsch
 Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
 Fleisch- und Wurstwarenfabrik
 Willy Gerke, Petersburgerstr. 31
 Otto Koppel, Alte Jacobstr. 26
Kolonialwaren
 Adam Schmitz, Schillingstr. 11.

Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Rühlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Seest.
Herren-u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 29, Ecke
 Prinzen-Allee.
Leke & Slopecki, Sebich-Allee 7
Fabisch & Co. Eckhans Linienstr.
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser-
 Damm 18/19
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Kottbuser-
 str. 46
 Seckitz, Elbstr. 33, Kaiser-Friedr.
 Str. 64, Weesestr. 189, Friedländer 22
 Imptow, Götts-Straße 64.
Gaede, Otto Charlotten-
 burg.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75
 Ecke Cuvyrstr.

Uatenstehende Geschäfte
 empfehlen sich b. Einkauf.
Kurz-, Weir-, Wollw., Trikots.
Hermann Meyer, Schivelmserstr. 21.
Photogr. Apparate
M. Albrecht 80, Kottbuserstr. 3.
 auch Gelegenheitskaf.
Nähmaschinen
Bellmann, E. Gollnowstr. 20
 Nähmaschinen
Singer
Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Nikla, Bergstr. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, Nikla, Hermannstr. 48

Wine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling
 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.
 Ges.
 ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg
 SEMPER IDEM
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankl, Allos
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
 Arbeiterversicherung - Schützen-
 Sterbekassenversicherung - Straße 3.
Spandau
 Schreierstr. 11, Fisch-, Wirtw.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 das unser Kollege, der Lager-
 arbeiter
Karl Jäger
 am 5. Dezember im Alter von
 50 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 9. Dezember,
 nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Städt. Fried-
 hofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.
 7013 Die Bezirksverwaltung.
 Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten die traurige Nach-
 richt, das am 7. d. Mts. meine
 liebe, herzlichste Frau, unsere
 gute, unvergessliche Mutter, Tochter,
 Schwester und Schwägerin
Luise Baedelt
 im Alter von 89 Jahren nach
 kurzem, schwerem Leiden ver-
 storben ist. 16015
 Dies zeigt tiefbetrübt hiermit an
Wilhelm Baedelt
 nebst Kindern und Andernwannten,
 Berlin-Oberschöneweide,
 Edljanstr. 44.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 10. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des hiesigen Gemeinde-
 Friedhofes, aus statt.

Stoffe
 für Maß-Anzüge, Paletots,
 Damen - Kostüme, Mäntel,
 Meter 10.—, 14.—, 16.—, 20.—,
 Seiden - Seal, Astrachan.
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.,
 Getrandtenstr. 20-21, gegenüber der
 Patrikirche.

Pelz-
 Kragen, Muffen, Mäntel
 i. Fuchs, Nerz, Iltis, Sealblau
 zu besond. billigen Preisen.
Pelzwaren-Fabrik
 Leipziger Str. 58
 (nahe Spittelmarkt),
 Kein Lad. 1 Treppe.
 Sonntag v. 12-8 geöffnet.

Marken
 liefert seit 1879
Jean Holze
 HAMBURG, I

**KON-
LINON**

**Mein
Weihnachts-
Wunsch**

*Liebe
im
Eigene
Tüchlein*

Berlins allbekanntes Kredithaus
ALLE TAGE ANDERS
 direkt am Nettelbeckplatz — Bahnhof Wedding

AUF KREDIT
 Herren-Garderobe • Damen-Garderobe
 Kinder-Garderobe für Knaben u. Mädchen
 in grosser Auswahl und sehr preiswert.
Pelzwaren: Kragen u. Muffen
Möbel und Polsterwaren
 Einzelne Möbelstücke / Moderne Küchen / Spezialität: Bürgerliche Wohnungseinrichtungen

KREDITHAUS ANDERS
 Größtes Haus direkt am Nettelbeckplatz
 Reinickendorfer Str. 16
 Pank., Gerichtstr. - Ecke
 Part., I., II., III., IV. Etage
 Formulare für Bezugsscheine
 sind bei uns zu haben
 Sonntag 8-10 und
 12-8 Uhr geöffnet

**ALASKA-
Füchse**
 Blau-, Silber-, Rot- u. Kreuzfuchsgarnituren, sowie sämtl. edleren
 Pelzarten in entzückenden Aus-
 führungen in meiner Werkstatt
Köln, Fischmarkt 1 II,
 zwisch. Breitestraße u. Stadt-
 Sparkasse (Boer). — NB. Pflüsch-
 sachen, Kanin und Hasen führe
 ich nicht.

Spezialarzt
 Dr. med. Wockenfuß,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor,
 für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden —
 Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
 Blutuntersuchung, Schnelle, sichere,
 schmerzlose Heilung ohne Berufs-
 störung, Teilzahlung.
 Sprechstunden 11-1 und 5-8.

Reuters Werke
 3 Bände 5 Mark
 Buchhandlung Vorwärts
Fett-Gänse
 Pfund 5.20-5.50
 Extra fette Gänse 6.—
 Gänselein 4.50
 Ziegenfleisch 3.30 u. 3.50
 Gänse-Rüden und Keute 5.—
 Leber 7.50
 Santifeten und Darmfett 11.—
 Geräucherte Rollente 9.—
 Rollbräute 11.—
 Um Angros Preisermäßigung.
S. Kolinski, Wins-
 Allee 4902.

Monatsgarderobenhaus
M. Türkischer, Prinzenstraße 79, nahe Moritzplatz,
 offeriert in großer Auswahl Jackett-, Rockanzüge, Paletots, Ulster,
 teils aus Seide, von Kapellieren kurze Pelz getrieben (auch für корпуленте
 Figuren), zu billigen Preisen. Abteilung II. Erfah. für Maß:
 Durch vorteilhaften Einkauf eines erstklassigen Warenlagers offeriere ich
 elegante neue Jackett-, Rock-, Smoking-Anzüge, Paletots, Ulster
 trotz großer Preissteigerung für nur 25-75 Mark.

Knabenanzüge,
 Paletots und Pyjacks.
 Der Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
 befindet sich jetzt
Königstr. 55 I., gegenüber
 Rathaus.
 Bezugsscheine vorrätig!

Heines Werke
 3 Bände 5 Mark
 Buchhandlung Vorwärts

**Rester-
Handlung.**
 Kammgarn, Tuche, Cheviots,
 blau und farbig.
 Ullsterstoffe, Plüsch, Sammet.
 Moderne Kostüm- u. Rockstoffe
 Taft, Seiden, in schwarz
 und farbig, zu Kostümen,
 Mänteln, Kleidern u. Blusen.
Riesenauswahl i. Stoffen
 für Herren- und Knaben-
 Anzüge.
Damen - Konfektion.
 Kostüme, Mäntel, Röcke usw.
 in großer Auswahl, sehr
 mäßige Preise.
 Gediegene MaBanfertigung.
Paul Karle,
 Warschauer Straße 18.

Berlischen gemeine Möbel (pot-
 blüg) Stadtschreiberstraße 57, Fabrik-
 gebäude. 14488*

Leihhaus Moritzplatz 58a

Größtes Gelegenheits-Kaufhaus dieser Art für Herren- und Damen-Garderobe,
 Pelz- u. Schmucksachen. Tügl. Verkauf von Kavaliereu wenig getragener sowie im
 Versatz gewesener Jackett-, Rock-Anzüge, Paletots, Ulster, teils aus Seide, enorm billig.
 Großes Lager in neuer Maßgarderobe, aus feinsten Stoffen in erstklassiger Verarbeitung
 Große Auswahl in Damen-Kostümen, Ulstern, Plüsch- u. Astrachan-Mänteln bis zur
 feinsten Ausführung. Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzleinen, Skunks, Harter,
 Nerz, Alaska, Blau- und Weißfuchs f. a., in modernster Ausführung, statt 40-250 M. jetzt
 20-125 M. Große Auswahl in Herren-Gepelzen, Damen-, Reise-, Wagen-Pelzen,
 Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche,
 Uhren, Ringe, Brillanten zu enorm billigen Preisen. „Vorwärts“-Leser erhalten 10%, extra.

Aus Groß-Berlin.

Abermals ein entsetzliches Eisenbahnunglück.

Drei oder vier Tote?

Auf der Strecke Berlin—Erlner, auf der erst vor wenigen Wochen in der Nähe von Rahnsdorf neunzehn junge Arbeiterinnen durch den Vorkarzug zermalmt worden sind, hat sich am Donnerstagabend ein gleichartiges schreckliches Unglück zugefallen, dem mehrere Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Ein Verkehrsleiter schreibt uns folgende Einzelheiten:

Am Donnerstagabend gegen 1/9 Uhr begaben sich wie täglich vier Postbeamte mit einem Kastenwagen voller Pakete zum Friedrichshagener Güterbahnhof, um den um die genannte Zeit fälligen Güterzug zu erwarten und die Pakete zu verladen. Um zu dem Güterzuge zu gelangen, mußten die Beamten mit ihrem Wagen das erste Gleis überqueren. Als nun die vier Personen gerade im Begriff waren, das erste Gleis zu überqueren, kam gerade im D-Zug heran und fuhr in die Gruppe hinein. Alle vier Personen wurden von der Lokomotive erfaßt, schrecklich verflümmelt und auf der Stelle getötet. Die Verunglückten sind: der 59jährige Oberpostkassierer Friedrich Klüfner, der Postkassierer Karl Kape, der 17jährige Ausbiller Buchholz und eine 40jährige Frau Kriebel, sämtlich aus Friedrichshagen. Frau K., die ausbildungswise beim Friedrichshagener Postamt beschäftigt war, hatte am Donnerstag zum ersten Male Dienst getan. Erst nach einiger Zeit wurde der Unfall bemerkt. Verzügliche Hilfe war sehr schnell zur Stelle, doch kam sie, da alle vier sofort getötet sein mußten, zu spät. Zur Zeit des Unglücks befanden sich andere Personen nicht in diesem Teile des Bahnhofs, so daß eine genaue Aufklärung über die Katastrophe bisher noch nicht möglich war.

Nach der amtlichen Meldung

sind nicht vier, sondern drei Personen getötet worden. Ein Postkassierer Karl Kape wird in der amtlichen Meldung nicht genannt. Sie lautet wie folgt: „Am 7. Dezember gegen 8 Uhr abends wurden in Friedrichshagen der Oberpostkassierer Klüfner, der Ausbiller Buchholz und die Ausbillerin Kriebel, alle in Friedrichshagen wohnhaft, vermutlich vom D-Zuge 88 überfahren und getötet. Die Genannten hatten bei dem Güterzug 7716, welcher verpaktet eintraf, Postkisten ein- und ausgeladen. Sie sind jedenfalls in der Annahme, daß der Schnellzug der Güterzug sei, diesem mit ihrem Kastenwagen zu nahe gekommen und erfaßt worden. Der Postkarran wurde hierbei ebenfalls zertrümmert. Die Postbeamten hatten Anweisung, erst dann an den Güterzug zu fahren, wenn er hält. Die Untersuchung ist eingeleitet.“

Wie von dritter Seite, übereinstimmend mit dem amtlichen Bericht, geschrieben wird, hätten die Getöteten ihr Fahrzeug so nahe an das Gleise herangekommen, wie es bei Güterzügen üblich sei; da aber nicht, wie irrtümlich angenommen wurde, der fällige Güterzug, sondern der erheblich breitere Durchgangszug herankam, war die Katastrophe unvermeidlich. Die Leute wurden mit fürchterlicher Wucht erfaßt und weit fortgeschleudert. Das Unglück wird durch den Donnerstagsabend herrschenden Nebel begünstigt worden sein.

Die Zulassung zum Fleischkauf bei der Freibank.

Die Berliner Freibank gab früher das ihr zum Verkauf überlassene minderwertige Fleisch an jeden kaufwilligen ab, unter Ausschluß nur der Wiederverkäufer. In der Kriegszeit steigerte sich infolge von Fleischknappheit und Fleischteuerung das Verlangen nach dem Freibankfleisch so, daß mit den der Freibank überlassenen Fleischmengen, die natürlich nur noch ganz gering waren, immer nur ein Teil aus der Schaar der kaufwilligen befriedigt werden konnte. Um zwecklose Anmeldungen wartender Personen zu vermeiden, gab die Freibank besondere Kundenkarten aus, die auf bestimmte Tagesstunden lauteten. Doch auch dieses Verfahren noch seine Mängel hatte, wurde damals im „Vorwärts“ gezeigt.

Inzwischen sind Änderungen eingeführt worden, die den Kreis der zum Fleischkauf bei der Freibank zugelassenen Personen stark beschränken. Eine Kundenkarte kann jetzt nur noch erhalten, wer eine gewisse Bedürftigkeit nachweist. Ob der Antragsteller hinreichend bedürftig ist, prüft der zu diesem Zweck auszuführende Armenkommissionsvorsteher, doch hat im übrigen die ganze Sache nichts mit der Armenpflege zu tun. Zur Ermöglichung eines Urteils über die Einkommensverhältnisse sind womöglich Papiere vorzulegen, zum Beispiel der Steuerzettel, der Mietvertrag, bei Kriegsfamilien der Unterhaltungsbeleg, auch ist die Kinderzahl anzugeben, weil kinderreiche Familien bevorzugt werden sollen. Erst nach Anerkennung der Bedürftigkeit kann eine Kundenkarte bewilligt werden. Weil die verfügbare Menge Freibankfleisch jetzt sehr gering ist, muß die Zahl der Karten begrenzt werden, so daß mancher trotz Anerkennung der Bedürftigkeit leer ausgehen wird. Zu erhalten sind die Kundenkarten nicht mehr in den Verkaufsstellen der Freibank, sondern nur noch auf dem Viehhof (Eisenauer Straße, Wärtengebäude) bei der Direktion der Schlachtviehverfleisung vereinigt der Viehkommisionäre Berlins, für deren Rechnung die Freibank unter Aufsicht der Schlachthofverwaltung betrieben wird. Hiermit erledigt sich der früher oft geäußerte Verdacht, daß in den Verkaufsstellen schon bei der Kartenzuteilung gewisse Stunden bevorzugt werden. Von der Direktion, die seinen Kunden persönlich kennt, wird man das ebensowenig wie von dem Armenkommissionsvorsteher befürchten.

Die Direktion verteilt die bei der Kartenzuteilung berücksichtigten Personen je nach dem Stadtteil, in dem sie wohnen, auf die einzelnen Verkaufsstellen. Die Kundenkarten berechtigen, bei gleichzeitiger Vorlegung und Abrechnung der Fleischkarten, zum Kauf von Freibankfleisch an einem Tage in jeder Woche zwei Monate hindurch, immer an demselben Wochentag, aber jedesmal zu einer anderen Tagesstunde, z. B. immer am Donnerstag, aber in der ersten Woche um 8 Uhr, in der zweiten um 9 Uhr usw. So wird nicht nur eine gleichmäßige Verteilung der Käufer erreicht, sondern auch der Menge abgesehen, daß manche Personen immer als die ersten und andere immer als die letzten in die Verkaufsstellen gelangen und dann entsprechend gut oder schlecht beim Kauf wegkommen. Wünschen muß man, daß nach Ablauf der Geltungsdauer der Kundenkarten bei der Neuberteilung diejenigen Personen zuerst berücksichtigt werden, die trotz anerkannter Bedürftigkeit bisher keine Karte erhielten.

Die Konservendose eine Gefahr für die billige Volksernährung.

Einem Artikel von Dr. M. Junod in der „Deutschen Schlacht- und Viehhof-Zeitung“ entnehmen wir folgendes: In den letzten Monaten untersuchte ich mehrfach aus großen Fabriken stammende Grünschnitzkonserven, die unter den hochklingenden Namen „Krautgrüne“ oder „Lebergrünwurst“ zu Preisen von 1,50 bis 2,00 M. pro Dose mit 400 Gr. Inhalt verkauft wurden; in einem Falle hatte angeblich sogar eine Preisprüfungsstelle den traurigen Mut, den Preis für die betr. Ware als durchaus angemessen zu bezeichnen. Das Untersuchungsergebnis war in allen Fällen ein außerordentlich ungünstiges; Leber war in keinem Falle nachgewiesen; der Fettgehalt schwankte von 0,7—1,8 Proz., der Wassergehalt von 75 bis

78 Proz. In der Hauptsache bestand der Inhalt aus 100 bis 125 Gr. oft noch minderwertiger Grünschnitz, die durch Kochung mit Wasser auf 400 Gr. gebracht war. Gutes Grünschnitz wird in Berlin auf Lebensmittelmitteln zu 0,30 M. für das Pfund verkauft. Der Materialwert der einzelnen Dose muß also für das Publikum auch bei den heutigen Preisen auf 8—8 Pf. berechnet werden, der geforderte Preis ist also mindestens 15—20mal zu hoch!

Konservendosen haben jetzt manchmal an Stellen, wo sie absolut notwendig für militärische Zwecke gebraucht wurden, gefehlt; für die vorberzte Front sind gute Fleischkonserven als eiserne Nation durch nichts zu ersetzen. Für andere Zwecke hat jetzt jede Konserven nur einen Wert für die Taschen des Dienstmanns oder Händlers. Als größter Unfug muß es aber hingestellt werden, wenn eine gute Dauerware, wie Grünschnitz oder Grünschnitz, künstlich mit Wasser vermischt, in eine Konservendose gepreßt und unter hochklingenden Namen und wunderlichen Preisen dem abnungslosen Publikum vertrieben wird. Von unserer letzten guten Dose- und Konservenliste sollen 500 000 Dosen vergriffen werden, hoffentlich verschwindet nicht wieder ein großer Teil in den Konservendosen!

Mit den Fischen ist es ganz ähnlich, zuerst hat uns der Handel unter dem Namen „Krautgrüne“ sehr billige Fische an; die nach dem Kauf am meisten Fett enthaltende und dadurch sehr schmackhafte Matrele kostete zuerst 0,50 M. für das Pfund, sie hat schon lange ihren Weg in die Konservendose gefunden; jetzt ist sie kaum für 3 M. für das Pfund zu haben. Viele Fische werden zu Fischköpfen verarbeitet. Der dergestalt erreichte Preisaufschlag ist meistens ein zehnfacher gegen die normalen Preise! Auch vermischt man die Fische häufig mit Vegetabilien. Eine Thunfischkonserven zeigte unter dem Deckel sehr schönes fettreiches Fischfleisch, am Boden der Dose fanden sich fast nur Kohlrabi- und Möhrerückstände. Ich möchte allen Konservenunterkäufern empfehlen, den Doseninhalt im ganzen zu untersuchen oder prinzipiell die Dosen nur von der Bodenplatte her zu öffnen, wie ich das schon seit langer Zeit tue.

Schließlich sei auch noch darauf hingewiesen, daß die Büchsenkonserven natürlich ein sehr dankbares, weil nicht verderbliches Objekt für den berechtigten Aktienhandel darstellen.

Erhöhung des Milchpreises, Verringerung der Buttermenge.

Es wird mitgeteilt: Die Schwierigkeiten der Milchherzeugung, die im wesentlichen auf einen durch die Futtermittelnot bedingten Rückgang der gesamten Milchproduktion im Lande zurückzuführen sind, werden für Groß-Berlin eine weitere Erhöhung der Preise für Vollmilch voraussichtlich um 4 Pfennig pro Liter zur Folge haben. Ebenso wird sich, wenn auch nur vorübergehend, aus dem gleichen Grunde eine geringfügige Herabminderung der fett- bzw. Buttermenge pro Kopf und Woche, die bisher in Berlin immer noch höher war als in den meisten anderen Städten und Gegenden, kaum vermeiden lassen. Es sollen statt 90 nur noch 80 Gramm gegeben werden.

„Nur“ zehn Gramm weniger! Das macht für eine fünfköpfige Familie gleich 50 Gramm. Dabei wissen die Frauen buchstäblich nicht, wie sie ihre Speisen bereiten sollen. Sie wechneten beim Braten und Kochen ja schon lange mit Grammchen. Ganzes ist nur für Kriegsgewinner erschwinglich. Die Milch soll gleich um vier Pfennige verteuert werden, auch das bedeutet für die Wertungsbewertung eine Verschlechterung der Ernährungsquote.

Mißstände in der Lebensmittelversorgung.

Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß auch jetzt wieder größere Mengen Kartoffeln erfroren und verdorben sind und noch mehr verderben müssen, weil sie in feuchten, der Luftschwemmung und dem steigenden Grundwasser ausgesetzten Räumen und nicht sachgemäß eingemietet sind, wie dies zum Beispiel in Brandenburg an der Havel geschehen ist. Ungeheurer Mengen Konserven aller Art sind infolge mangelhafter Zubereitung den Fahrern und Hausfrauen total verdorben. Der „J. C. G.“ sind größere Mengen Fische zur Verfügung gestellt und müssen als Hundestutten verkauft werden, darunter auch Klippfische. Der Hamburger Firma Bierling u. Hannemann sind allein 55 000 Dosen Dänischlachs verdorben beziehungsweise minderwertig geworden. Dieses Unheil war aus Dänemark bezogen. Die Berliner Hausfrauen klagen über die Kartoffeln, teils weil sie sie mit Zuckerkartoffeln, teils mit Äpfeln, das heißt angefrorenen Äpfeln vermischt sein sollen. Auch über Mais- und Weizengrieß führt man Klagen. Letzterer soll dumpfig gewesen sein und zwar derart, daß er nicht zu verwenden war. Kartoffeln werden nur auf eine Karte abgegeben. Eine große Familie mit mehr als vier Kindern muß infolgedessen an vier und mehr Stellen nach Kartoffeln sehen. Viele Familien stehen ununterbrochen und laufen von einem Händler zum andern, damit die Karten nicht verfallen. Die Kartoffelpoloniesen werden immer länger und zahlreicher. Lebstoff gefallt wird auch über die Marmelade. Sollten diese Klagen nicht abgestellt werden können?

Wohnungsfürsorge für Kriegsbekindigte.

Den heimkehrenden Kriegsbekindigten gesunde Wohnungen zu verschaffen, soll die Aufgabe eines „Ausschusses Groß-Berlin für Kriegsbekindigte“ sein, der dieser Tage gegründet worden ist. Den Vorsitz führt Oberbürgermeister Wermuth. Die Geschäftsführung liegt in den Händen der Herren: Staatssekretär a. D. Dernburg, Stadtbaurat a. D. Weiler, Geh. Kommerzienrat Gräf v. Borig, Bürgermeister Dr. Meide, Regierungspräsident v. Schaperclaus und Landdrobitor v. Winterfeld. Der Tätigkeit des Ausschusses sollen folgende, in der Gründungsversammlung einstimmig angenommene Leitende als Richtschnur dienen:

1. Der Ausschuss Groß-Berlin für Kriegsbekindigtenanstellung betrachtet es als seine Aufgabe, dahin zu wirken, daß die Kriegsbekindigten Groß-Berlins in solchen gesunden Wohnungen untergebracht werden können, welche für ihren körperlichen und seelischen Zustand geeignet sind.
2. Im Rahmen der amtlichen Kriegsbekindigtenfürsorge und unter Mitwirkung der städtischen Wohnungsämter sollen den Kriegsbekindigten geeignete Wohnungen nachgewiesen werden. Der Ausschuss wird ferner solche Maßnahmen unterstützen, welche die Herstellung gesunder Wohnungen, möglichst mit Hausgarten, und in geeigneten Fällen die Anstellung in Kleinhaus mit Garten fördern.
3. Der geschäftsführende Ausschuss wird beauftragt, die für die Erfüllung dieser Aufgaben und die Organisation der Verwertung der Kriegsbekindigten in Wohnungs- und Anstellungstragen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und sobald über das Veranlagte zu berichten.

„Schnellstraßenbahnen“.

Prof. Giese vom Verband Groß-Berlin sprach am Donnerstagabend im Verein Berliner Vororte z. B. g. J., Antier-Wilhelmstraße 31, über Schnellstraßenbahnen. An der Hand eines reichen statistischen und technischen Materials begründete der Vortragende seine Pläne. Auf den Ausbau des Groß-Berliner Schnellbahnnetzes müssen viele Orte noch lange warten. Deshalb solle man Schnellstraßenbahnen auf eigenem Bahnanlageplan umbauen. Sie seien bedeutend billiger (120 000 M. pro Kilometer) und könnten erheblich mehr als andere leisten. Wirtschaftlich seien diese Schnellstraßenbahnen anderen vorzuziehen. Die Berliner Straßenbahnen mit 16 bis 20 Kilometer Höchstgeschwindigkeit bedürften des Verkehrsbedürfnis nur unvollkommen. Bemerkenswert waren seine Ausführungen über die erzielten Höchstgeschwindigkeiten im Groß-Berliner Verkehr. Danach entwickeln die Privatbahnen die größte Höchstgeschwindigkeit, die Hochbahn in Berlin fährt mit einer durchschnittlichen Höchstgeschwindigkeit von 23 Kilometer, die von Hamburg mit 28,2 Kilometer, die Stadtbahn mit 22, die Stadt-

und Vorortbahnen bzw. Ringbahnen mit 32 Kilometer im Mittel. Die höchstzulässige Geschwindigkeit beträgt bekanntlich 50 Kilometer. Der Vortortzug nach Nauen erreicht indes 58 Kilometer, der nach Neu-Waldburg nur 51 Kilometer und die Rüge nach Wannsee sogar nur 28 Kilometer infolge der Dichtigkeit der Stationen. Je dichter die Stationen folgen, je geringer die Geschwindigkeit. Von den Straßenbahnen entwickeln die Ostbahnen nach Köpenick und die Zeltower Kreisbahnen mit 30 und 28 Kilometer die höchsten Geschwindigkeiten. Prof. Giese empfiehlt 32 Meter breite Straßen mit zwei Fahrspuren und einem Straßenbahnplanum in der Mitte, wie in der Hardenbergstraße. Er trat auch für die Einführung von Liebergangsfahrplänen ein und betonte, daß in Groß-Berlin noch reichlich Gelegenheit vorhanden sei, Schnellstraßenbahnen anzulegen. Er führte einen Plan vor, der 110 Kilometer solcher Bahnen in den Vororten im Anschluß an bestehende Bahnen als Zubringer aufwies.

Straßenbahn-Luftsprung.

Nachts. Neukölln—Friedenheide. Bahn frei aller Schnelligkeit. Wie ein edler Renner fliegt die 7. gen Berlin. In hohen Tönen singt sie das Lied von der Schnellbahn. Die Drinnen meeren's nicht. Aber die Steier halten sich immerhin an der Striipe fest. Da — ein Rekordflug, und alle saufen der vorderen Tür zu. Als legter ein Mann — die abgerissene Haltestrippe in der Hand. Er mag in seiner Schlantheit, mittleren Größe und dem Knochenbau des Kopfs Arbeiters samt Winterverpackung höchstens 120 Pfund wiegen. Trotzdem hat die Lederhülle dem Ruck nach vorwärts und dem gleichzeitigen Zug nach unten nicht standgehalten. Unter mächtigem Gallo wird die Ordnung wieder hergestellt. Die Schaffnerin nimmt halbbock die ihr dargereichte Schlinge entgegen. Aber damit sie vorwärtsmäßig verhalten werden kann, müssen erst alle Leute von der halben Längsbank aufstehen, denn das Sitzbrett ist, wie man erkennt, der Deckel zum Depotkranz. Nun sitzen sie wieder. Aber da will ein junges Mädchen aufstehen, und siehe da, ihr Rock ist eingeknickt. Neues Gallo, bis eine Wiederholung des allgemeinen Aufstands Rock und Trägerin befreit. — Sehn Sie, so unterhaltsam ist das Fahren auf der Straßenbahn!

Die Arbeitslosenfürsorge.

Geschäftsstatistik der Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin für die Woche vom 20. bis 26. November: Bei den 23 städtischen Geschäftsstellen sind 74 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 14, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 1, bewilligt 48. Ausgeschlossen aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiedereintritts in Arbeit oder Erwerb) sind 61 Personen. 100 männliche und 1728 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrag von 7441 M., davon je 4 M. 1099 Personen, je 5 M. 129 Personen. Von der Stadt wurden an 151 Mitglieder von 15 M. 129 beiter- und Angestelltenorganisationen, die selbst gesamtgemäß Unterstützung gewähren, Zuschläge im Gesamtbetrag von 492 M. gezahlt. Hieron trafen auf die freien Werkstätten 185 Mitglieder mit 429,25 M. (und zwar Metallarbeiter 50,65 M., Holzarbeiter 57,05 M. usw.)

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 22 456 bei ihr überhaupt bis 25. November eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungskommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisationen ihr eingereichten Gesuchen 15 404 genehmigt. Gegenüber der Vorwoche sind keine Personen hinzugekommen.

Schlechte Butter.

Knapper als sie ist, kann die Buttermenge wohl kaum noch werden, wenn auch Gerüche umgehen, daß sie zur Verhinderung weihnachtlichen Kuchenbackens oder aus anderen Gründen weiter herabgesetzt werden soll. (Nebstige: warum die Kuchenverfolgung? Es kann doch jeder nur seine Ration an Mehl, Butter und Zucker verbrauchen, und man kann es ihm ruhig überlassen, ob er das in der anprechtenden Form von Kuchen genießen will.) In dieser Woche nun sind zahlreiche Haushaltungen in Wilmersdorf, vielleicht auch anderswo, mit einer geradezu ungenießbaren und auch zum Kochen und Backen nicht verwendbaren Butter bedacht worden. Wen die Schuld daran trifft, ob J. C. G. oder H. K. St. (Reichsfestliche) oder J. G. W. (Reichsfestliche Groß-Berlin), wissen wir nicht. Jedenfalls müßte sich das J. C. G. (Kriegsernährungsamt) doch darum kümmern, daß dieses kümmerliche Bißchen Fett nicht verdorben geliefert wird. Wir müssen vollwertiges Geld oder echte Scheine dafür bezahlen.

Die Preise für Gemüse und Äpfel.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat für die kommende Woche folgende Preise für Gemüse und Obst als zulässig festgelegt: a) Im Großhandel für das Pfund Weißkohl 8 Pf., Wirsingkohl 18 Pf., Strohkohl 18 Pf., Grünkohl 10—13 Pf.; b) im Kleinhandel: Weißkohl 11 Pf., Wirsingkohl 23 Pf., Rotkohl 23 Pf., Grünkohl 13—17 Pf., Kohlraben 6 Pf., Fenchel (besonders feine ausgefuchene Ware — Auslese — ist hierbei nicht inbegriffen) 35—65 Pf. Für Mohrrüben und Karotten mußte in dieser Woche mangels Zufahren von einer Preisfestsetzung abgesehen werden.

Die Preisprüfungsstelle hat in ihrer letzten Sitzung folgende Festlegung des Begriffes Tafeläpfel getroffen: Tafeläpfel sind gepflügte, möglichst gleichmäßig sortierte, zum Rohgenuss geeignete Äpfel, bei denen alle wurmfressigen, verfaulenden, angefaulten, unverbäuerlichen Keime, unansehnlichen, schmutzigen und gedrückten Früchte ausgefondert sind.

Einschränkung des Lichtverbrauchs.

In den nächsten Tagen wird die Bundesratsverordnung über die Einschränkung des Kohlenverbrauchs, über die wir bereits berichtet haben, veröffentlicht werden. Ihre wichtigsten Bestimmungen bestehen im Verbot jeder Art von Lichterflame, in der Beschränkung der Straßenbeleuchtung und der Innenbeleuchtung der Läden, in der Einschränkung des elektrischen Straßenbahn- und des Kleinbahnbetriebes, in der Herabsetzung der Badenschlußzeit auf 7 Uhr (ausgenommen sind Lebensmittelgeschäfte und Apotheken), sowie in der Festsetzung der Polizeistunde auf 10 Uhr für Theater, öffentliche Vergnügungstätten, Gastwirtschaften usw. Doch sollen die Zentralbehörden befugt sein, die Polizeistunde auf 11 1/2 Uhr zu verlängern.

Wenn wir auch die Ersparnis im Kohlen- und Lichtverbrauch gegenwärtig als eine zwingende Notwendigkeit anerkennen, so möchten wir doch zugleich mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß bei den geplanten Beschränkungen des Straßen- und Eisenbahnbetriebes die gebührende Rücksicht auf die in Abendstunden und Nachtschichten beschäftigten Arbeiter, Angestellte usw. nicht außer acht gelassen werden darf.

Kohlennot in Berlin.

Ausscheiden der Brillen. — Wagen- und Arbeitermangel. — Notstandsmaßnahmen. In der Reichshauptstadt herrscht Kohlenmangel, so groß und bedenklich, daß namentlich in den Arbeitervierteln ein tatsächlicher Notstand ausgebrochen ist und viele Familien in diesem Augenblick keinerlei Heizmaterial haben. Seit mehr als 40 Jahren ist nach Angabe von Sachverständigen ein derartiger anhaltender Kohlenmangel in Berlin nicht beobachtet worden, denn nicht nur seit einigen Tagen erst, sondern seit vollen acht Wochen müssen beispielsweise im Norden von Berlin, in Neukölln und anderen im wesentlichen von Arbeitern bewohnten Vororten die Leute nach

